

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbüchlein und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: (rei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,90 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-12 / Geschäftsstelle und Redaktion: OberbahnhofsstraÙe 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690
Erscheinenszeiten: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Non-areilezeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restamezeile anschließend an den dreißigsten Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-12, OberbahnhofsstraÙe 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Dringlichkeit besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang

Dresden, Freitag den 5. Juli 1929

Nummer 154

Zörgiebel befiehlt Schweigegebot

Ausfagebertweigerung für Abteilung IA

Das Gericht vertuscht politische Zusammenhänge

Berlin, den 4. Juli 1929.

Heute sollte in der Verhandlung des Dokumentenfälcher-Prozesses endlich der Kriminalkommissar Dr. Rudolf Braßwicz als Zeuge vernommen werden. Die Spannung war aufs äußerste gesteigert, als der Kriminalkommissar Braßwicz aus der Zeugenbank portrat, um zu seiner Vernehmung folgendes zu äußern. Der Inhalt seiner Ausführungen war der, daß die politische Polizei dem Zeugen Braßwicz nicht die Genehmigung zur Aussage er-



Seine Anzeige erzwang die Anklage gegen Orloff u. Co. Der amerikanische Journalist Knickerbocker, den die Verteidiger vergeblich zu diskreditieren versuchten.

teilt. Braßwicz ist verpflichtet worden, jede einzelne an ihn gerichtete Frage vor ihrer Beantwortung zuerst seiner vorgelegten Behörde, also dem Polizeipräsidenten Zörgiebel, vorzulegen, das dann darüber zu entscheiden hat, ob Braßwicz auf die an ihn gestellten Fragen antwortet, und wenn er antwortet, welche Formulierung er seiner Antwort zu geben hat. Durch diese Methode macht die Abteilung IA es unmöglich, die politischen Hintergründe des Prozesses zu erhellen, ja, sie verhindert es dadurch überhaupt den unmittelbaren Gegenstand der Anklage genau zu untersuchen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Jaffe beantragte nach dieser Aussage des Kriminalkommissars Braßwicz die Aufhebung der Verhandlung. Er erklärt, laut § 53 der Strafprozeßordnung bedürfen Beamte zu ihrer Aussage der Genehmigung ihrer vorgelegten Behörden. Diese Genehmigung kann auf Grund des § 54 der Strafprozeßordnung nur verweigert werden, falls die Gefährdung der Sicherheit des Reiches oder eines der Länder zu befürchten sei. Das liege hier aber nicht vor. Der Verteidiger

habe deshalb dem Innenminister eine Beschwerde gegen den Berliner Polizeipräsidenten zugehen lassen, und er ersuche, bis zur Entscheidung über die Beschwerde, die Verhandlung auszusetzen.

Es ist klar, daß der Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, nur im Einvernehmen mit Sebring dem Kriminalkommissar Braßwicz die Zeugenaussage verweigert hat und daß die Beschwerde an das Reichsinnenministerium absolut fruchtlos bleiben wird. Die Staatsbehörden und das Berliner Polizeipräsidentium sind zu eng mit den antisowjetischen Falschern verbunden, als daß sie dem Kriminalkommissar Braßwicz die Genehmigung zur Zeugenaussage geben würden. Durch diese Verweigerung versucht Zörgiebel und die Regierung, ganz bewußt den Prozeß von seinem hochpolitischen Inhalt ins rein kriminelle abzubiegen. Die Zusammenhänge zwischen den antisowjetischen Proofo-



Dieser IA-Mann betraute Orloff noch im Gefängnis mit politischen Aufträgen. Dr. Braßwicz, der auf Anweisung Zörgiebels die Aussage verweigerte.

teuren und den staatlichen Stellen sind zu offensichtlich, als daß sie noch durch irgendwelche Vertuschungsmanöver verdeckt werden könnten.

Vor Eintritt in die eigentliche Verhandlung nahm der Verteidiger der Angeklagten, Dr. Jaffe, das Wort, um die Interpretation der Presse zu seinen Auslagen über den amerikanischen Journalisten Knickerbocker zu rügen. Er habe nicht erklärt, daß der amerik. Journalist Knickerbocker ein agent provocateur und Mitarbeiter der GPU sei. Was die Untersuchung ergeben hat, darauf werde er später zurückzukommen eingehen. Sodann verlangte der Verteidiger Pawlanowski das Wort zur Rehabilitierung seines Mandanten. Er behauptet, daß Pawlanowski niemals wegen Diebstahls aus der GPU entlassen worden sei, sondern seine antisowjetische Tätigkeit nur aus glühendem Patriotismus ausgeführt habe.

Nach diesen beiden Erklärungen werden die Zeugen Siemert und Mühlfeld wieder erlassen, um erst morgen zusammen mit Gumanik verhört zu werden. Gumanik ist zweifellos derjenige, der am allermeisten, sogar vielmehr als der Angeklagte Orloff, über die ganzen Zusammenhänge zu sagen weiß, vor allen Dingen ist er aufs genaueste informiert über alle Fragen, die mit der Fällung des sogenannten Sinowjew-Briefes zusammenhängen.

Als erster Zeuge wird dann der Druckverleger Schwabe vernommen, der Druckaufträge Orloffs ausgeführt hat, bei denen es sich um Brieffköpfe handelte, die einmal den russischen Staat und dann die Kommunistische Internationale betrafen. Schwabe erkannte bei der polizeilichen Vernehmung auch die bei Orloff gefundenen Dokumente als bei ihm gedruckt an. Jetzt, vor Gericht, weiß er sich nicht mehr genau zu entsinnen, ob die Dokumente wirklich von seiner Druckfirma stammen.

Sodann wird der Zeuge Braßwicz herbeigerufen, der seine Erklärung, die wir eingangs mitgeteilt haben, bekannt gibt. Braßwicz ist ermächtigt, über eine mit dem Prozeß nicht in direktem Zusammenhang stehende Angelegenheit, nämlich ein militärisches Geheimabkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion Auskunft zu geben. Braßwicz erklärt: „Uns lag ein Dokument vor, das wir bereits als Fälschung erkannten. Wir mußten annehmen, daß diese Fälschung von Orloff selber oder von ihm näher Lebenden herkommt. Deswegen legte ich Orloff das Dokument vor und vernahm ihn darüber, nicht als Sachverständiger, sondern als den vermeintlichen Schuldigen.“

Das Kabinett auf Abbruch

Die Büngeregierung in Wien — Sozialdemokrat Wedel als Retter

Dresden, den 5. Juli 1929.

Gestern keßte das Kabinett Bünge sich dem Sächsischen Landtag vor. Gleich diese erste Verhandlung zeigte, auf welche schwachen Füßen dieses Kabinett steht. Ohne die Hilfsaktion des sozialdemokratischen Landtagspräsidenten Wedel bestände das Kabinett heute sicherlich nicht mehr. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangten die Kommunisten die Behandlung ihres Miß-

trauensantrages. Nach der Verlesung hätte dieser Antrag auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Die Volkspartei führte einen verzweifelten Kampf gegen die Behandlung des Antrages und erhielt dabei von Anfang an die Unterstützung der Sozialdemokraten. Die sozialdemokratische Fraktion verhielt sich zu Anfang der Sitzung, wie auch in den vorhergehenden Sitzungen, absolut passiv. Der Landtagspräsident unterstützte die Beratungsabsichten schon dadurch, daß er gleich erklärte, die Bestimmung der Verfassung sei dahin auszulassen, daß erst eine Behandlung des Mißtrauensantrages in der nächsten vom Landtag zu beschließenden Sitzung erfolgen könne. Auf den energischen Widerspruch hin mußte er sich bequemen, eine Abstimmung durchzuführen, die eine Mehrheit für die Beratung in der gestrigen Sitzung ergab. Dieses Ergebnis brachte die Regierungsparteien auf die Beine. War doch diese Abstimmung schon positiv ein Mißtrauensvotum gegen das Bünge-Kabinett. Die Volkspartei beantragte die Unterbrechung der Sitzung um eine halbe Stunde. Auch das wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Nach heftigem Geschäftsordnungskampf gab dann Bünge seine Regierungserklärung ab. Hiernach erhob Wedel nochmals Einspruch und forderte den Ministerpräsidenten auf, von dem Einspruchsrecht der Regierung gegen die Behandlung eines vorher nicht festgesetzten Tagesordnungspunktes Gebrauch zu machen. Auf diesen Hinweis stand Bünge dann auf und legte Einspruch ein. Von Seiten der Kommunisten wurde sofort geltend gemacht, daß dieser Einspruch nicht mehr möglich sei.

Trotzdem es ganz offensichtlich war, daß die Mehrheit des Landtages diese Auffassung der Kommunisten teilte, erklärte Wedel dann, daß auf Grund des Einspruchs die Behandlung des Mißtrauensvotums nicht stattfinden könne. Das Bünge-Kabinett verstand es somit dem sozialdemokratischen Landtagspräsidenten, daß es gestern aus der Patsche geholt wurde und weiterbestehen kann.

Durch diese Unterstützung der Sozialdemokraten ist es den Bünge-lichen möglich, bis zum Dienstag weitere Verhandlungen zu führen und den Versuch zu machen, das Kabinett zu halten. Ob ihnen das gelingt, ist noch fraglich. Immerhin ist aber möglich, daß die eine oder andere Partei sich dadurch, daß sie ein Ministerium erhält, noch an das Kabinett bindet. Der sozialdemokratische Landtagspräsident zeigte sich also, wie die Sozialdemokratie

Polizeidiktatur statt Republikshutzgesetz

Sebring hat es eilig...

Nach dem Fall des Republikshutzgesetzes kündete Sebring sofort ein neues nach den Reichstagsferien zur Stütze seiner Diktatur an. Die sozialdemokratische Presse hat mittlerweile die Aufgabe, die Bourgeoisie zu beruhigen und ihr klarzumachen, daß es inzwischen auch ohne Republikshutzgesetz mit Hilfe der Polizeiparagraphen möglich ist, die revolutionäre Arbeiterschaft niederzuschlagen. So veröffentlicht die Schwäbische Tagwacht in Stuttgart einen SPD-Artikel „Republikshutz“, der einleitend feststellt, daß Otto Wels, Sebring und Grzesinski sich in der Linie der Diktatur völlig einig seien, um dann zu erklären:

„Mit dem Außerkräfttreten des Republikshutzgesetzes am 23. Juli entsteht eine Lücke, die es vor allem mit den Mitteln der zivilen Polizeigewalt abzuwehren gilt... Es ist sehr wohl möglich, mit dem sogenannten Polizeiparagraphen des „Allgemeinen Landrechts“ alle Maßnahmen zu ergreifen, um „die dem Publikum drohenden Gefahren abzuwehren“. Mit diesem Paragraphen hat man im alten Staat nach Gutdünken die Polizei eingeleitet und auch in der Republik gelegentlich Vereine aufgehoben und öffentliche Veranstaltungen untersagt. Die preußische Polizei hat also sehr wohl eine rechtliche Handhabe und das preußische Gesamtkabinett wird zweifellos dem preußischen Innenminister entsprechende Anweisungen erteilen.

Was das Verbot von staatsfeindlichen Vereinen und von antirepublikanischen öffentlichen Kundgebungen betrifft, so kann es mit dem Polizeiparagraphen genau so gut begründet werden, wie mit dem bisherigen § 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik... Eine entsprechende Anweisung, vor allem dem preußischen Innenminister an die Staatsanwaltschaften, kann hier bahnbrechend sein.“ (!!!)

Der Sozialfaschist Grzesinski wird es an den notwendigen Erlässen an die Staatsanwaltschaften zum härtesten Vorgehen gegen revolutionäre Proletarier und die kommunistische Bewegung bestimmt nicht fehlen lassen. Und die „republikanischen“ Staatsanwälte werden, gestützt auf Grzesinski und die sozialfaschistischen Führer, sich noch mehr als bisher in Kacheurteilen gegen klassenbewußte Arbeiter austoben. Alles auf Grund der Polizeiparagraphen, die die sozialdemokratische Presse dringend als Ersatz für das gefallene Kommunistsengesetz vorlegen kann. Der obige Artikel bringt schon in diesem Sinne das Lob der kommenden Diktatur Sebring's:

„Im übrigen ist beklammert ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 zu fordern, das dem Reichsinnenminister auch die nötigen Handhaben zur Erklärung seiner Verprechen gibt... Die Sozialdemokratie als Vollstreckerin der demokratischen Republik... der preußische Innenminister muß während sein auf dem Gebiete des Republikshutzes in den kommenden Wochen... Der Reichsinnenminister aber muß mit Beilegenung ein neues Republikshutzgesetz vorlegen, das mit einfacher Reichstagsmehrheit zu verabschieden ist.“ (!!)

Die klassenbewußte Arbeiterschaft weiß die Diktaturdrohungen der sozialfaschistischen Presse richtig einzuschätzen. Sie zweifelt nicht daran, daß das neue Republikshutzgesetz sich noch mehr als das alte einseitig gegen sie und nicht etwa die Rechtsreaktionäre richten wird. In dieser Erkenntnis rüstet die Arbeiterschaft unter Führung der KPD zum revolutionären Gegenschlag.

in allen Tagen, als Ketter des Bürgerturns aus den Schwierigkeiten.

Die Regierungserklärung des Bürger-Kabinetts ist ein Sommerprogramm von Versprechungen nach allen Seiten. Sie vertritt in jedem Satz die Schwäche dieses Kabinetts. Der Ministerpräsident erklärt, daß er auf Grund des Artikels 26 der Verfassung die Minister ernannt habe. Für das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium sei es ihm noch nicht gelungen, einen Minister zu finden. Er halte seine Wahl für rechtsgültig. Diejenigen, die sie anzweifeln, sollen den Staatsgerichtshof anrufen. Bürger deklarieren dann sein Kabinett als eine Regierung der Fachminister, die mehr fachliche Eignung aufweisen laßt, als das in früheren Ministerien der Fall war. Ueber die Grundrichtung der Politik seiner Regierung erklärt er, daß sie von der früheren nicht abweichen werde, sondern in der Hauptsache dieselbe Politik betreiben werde. Diese Erklärung ist angesichts der Forderung der Nationalsozialisten nach einer Vervorgerung der bisherigen Politik interzessant. Wenn die Nazis trotz dieser ganz öffentlichen Erklärung die Regierung unterstützen, dann dokumentieren sie nur um so mehr, daß sie die härteste Prätorianergarde des Großkapitals sind. Bürger forderte dann in seiner Erklärung die größte Sparsamkeit und erklärt gleichzeitig, daß die Verordnung vom 30. März 1928 über die Aufwertungssteuer, die seine Forderung, nach der durch die Geld-Regierung den Hausbesitzern durch Erhöhung der Mietsteuer große Schäden gemacht wurden, gänzlich beseitigt werden soll. Bürger verbandte besonders damit einen Kampf auf die Arbeiterklasse. Versprechungen macht er über die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden und Bezirksverbände, obwohl es gerade die Volkspartei ist, die im Reich eine weitere Einschränkung der Heberwerbungen aus dem Finanzausgleich an die Länder und Gemeinden verlangt. Keine Versprechungen sind es, wenn in der Regierungserklärung von einer Erhaltung der vorherrschenden kleinen und mittleren Betriebe in Sachsen gesprochen wird. Eine solche Seite gegen die Anhänger der Wirtschaftspartei und schließlich auch eine kleine Konzession an die Nationalsozialisten. An Versprechungen ist die Regierungserklärung hinsichtlich nicht arm. So verspricht man weitere Rohhandarbeiten, Förderung des Kleinwohnungsbaus und Belebung der Bauwirtschaft. Zeit steht aber, daß gerade diese Parteien die jetzt die Regierung bilden, bisher jede weitere Verbesserung im Wohnungsbaubereich abgelehnt haben. Erst vor wenigen Tagen stimmten sie gegen die Einziehung neuer Mittel für den Wohnungsbau. Wir werden bei Gelegenheit auf die Regierungserklärung zurückkommen. Am kommenden Dienstag wird die Erklärung besprochen und der Vertrauensantrag der Kommunisten behandelt. Die kommunistische Fraktion wird dort die Auffassung der revolutionären Arbeiterfraktion gegen dieses Kabinett vertreten. Dort werden dann auch neben den Sozialdemokraten, die getrieben durch ihren Redner Schwarz wieder die Bereitschaft zur Großen Koalition erklärten, mit auch die Nationaldemokraten und Nationalistische Parteien besprochen werden. Ein erneutes Zusammentreffen wird es am Dienstag nicht geben. Aber ganz gleichgültig, wie am Dienstag im Landtag die Entscheidung fallen wird, für die arbeitenden Massen stehen die Fragen anders. Nur sie steht der Kampf außerhalb des Parlamentes, der Kampf um Lohn und Brot gegen den Unternehmer- und Polizeiterror. Sie müssen diesen Kampf durch die Bildung der proletarischen Einheitsfront verstärken. Nur durch den Massenaufruf, durch den Klassenkampf des Proletariats wird die Lage der arbeitenden Klasse geändert und für die Arbeiterklasse verbessert werden.

Die Wahlen in Holland

Amsterdam, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Kommunalwahlen in Holland zeigen, obwohl das endgültige Resultat noch nicht vorliegt, aus 13 Verhältniswahlkreisen folgendes Ergebnis: Die Kommunisten erhielten 31 000 Stimmen gegen 32 000 Stimmen bei der letzten Wahl. Die kommunistische Opposition Weinstamp erhielt 27 000 Stimmen. Die kommunistische Partei erhält einen Sitz im Parlament (wie bei der letzten Wahl). Die Opposition, die bei der letzten Wahl nicht kandidiert hatte, erhält ebenfalls einen Sitz. Die Sozialdemokraten erhielten 667 000 Stimmen und voraussichtlich 25 Mandate (früher 24 Mandate). Die katholische Partei brachte es auf 550 000 Stimmen (früher 512 000). Die Antirevolutionäre Partei erhielt 322 000 (gegen 316 000). Die Christlich-sozialistische Partei erhielt 280 000 gegen 247 000. Der Liberale Arbeiterbund bekam 179 000 gegen 217 000. Die Sozialistischen Demokraten erhielten 159 000 gegen 139 000 Stimmen. Bemerkenswert ist der Stimmenrückgang des Liberalen Arbeiterbundes, der ansatz mit 9 wahrscheinlich nur mit 7 Sitzen ins Parlament zurückkehren wird; auch die Antirevolutionäre Partei büßt ein Mandat ein. Die endgültigen Wahlergebnisse werden noch aus.

Berliner Polizei gegen rote Studenten

Berlin, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern führte die allgemeine Studentenbewegung anlässlich ihrer Wahlen vor der Universität eine Kundgebung durch. Als die kommunistischen Studenten versammelt waren, marschierte unter Fortantrag einer roten Fahne ein Zug kommunistischer Studenten an, die die „Internationale“ sangen. Ein tausendstimmiges Weifenkonzert und Gesänge der Bourgeoischichten empfing die revolutionären Studenten. Rufe wie „Judenläse“ und ähnliche Schimpfwörter drückten den wütenden Haß gegen das revolutionäre Proletariat aus. Die Polizei, die erst in der vorigen Woche so viel Duldbarmkeit gegen die kommunistischen Demonstrationen aufbrachte, ging brutal mit den kommunistischen Studenten vor, wobei sich besonders die kommunistischen Offiziere auszeichneten. Der Träger der roten Fahne und drei Studenten wurden verhaftet, weil sie die „Internationale“ sangen. Die von der Polizei gegen die kommunistischen Studenten angewandten Methoden werden dadurch noch illustriert, daß, als später die kommunistischen Studenten unter den Linden und vor dem Reichstag, also innerhalb der Kammer, demonstrierten, sie dies ungehindert tun konnten. In der vorigen Woche bereits demonstrierten die kommunistischen Studenten und die Rechtspresse rühmte die Durchbrechung der Panzerlinie. Gegen die roten Studenten Gummistempel — für die kommunistischen Studenten Strafe frei!

Krieg dem imperialistischen Kriege!

Kriegsstärke der französischen Armee

Anlässlich der letzten Wehretatsberatungen im Reichstag wandte sich der „Hundstoll“-Groener gegen die demagogischen Phrasen gewisser „linker“ Sozialdemokraten. Groener wies auf die Rüstungen des französischen Imperialismus hin und verzeichnete mit Genugtuung, daß gerade der Sozialdemokrat Paul Boncour der eifrigste Vorkämpfer für die militärische Aufrüstung der Poincaré-Republik ist. Dank der Arbeit der französischen Sozialdemokratie beträgt die Kriegsstärke der französischen Armee zur Zeit:

- 4,5 Millionen Mann,
- 4500 Kriegsflyzeuge,
- 1288 schwere Geschütze,
- 2490 Tanks.

Die französische Arbeiterschaft wird am 1. August gegen die imperialistischen Kriegsmächte marschieren. Die deutsche Arbeiterschaft wird im Kampfe gegen die Imperialisten im eigenen Lande nicht zurückstehen wollen.

Schwere Unwetter in ganz Deutschland

II. Piesitz. Am Donnerstagnachmittag zog über der Stadt Piesitz von Nordwesten nach Südosten eine Windstille, die in der nördlichen Stadt schwere Schäden anrichtete. Jahrzehnte alten Baumen wurden die Wipfel abgeknippt, so daß auf den Straßen und Alleen das Fortwärtkommen überaus erschwert war. In einer Straßenecke drohte der Wirbelwind einen etwa meterstarken Baum von ansehnlichem Alter heraus, so daß ein starker Trümter im Erdreich entstand. Der Baum durchschlag beim Fallen die Drähte des Elektrizitätsnetzes, so daß aus den Drähten Feuergefahren drohten. Die Feuerwehr sperrte die gefährdete Gegend ab. Durch Beamte des Elektrizitätsnetzes wurden die gefährlichen Drähte heruntergeholt. In dem berühmten Piesitzer Palmengarten wurden zahlreiche Palmen umgeworfen. Mehrere Personen wurden leicht verletzt. Gegen 21 Uhr brachen über Piesitz schwere Gewitter los, die von wolkenbruchartigen Niedererschlägen begleitet waren. Ganze Straßenteile wurden überflutet und zahlreiche Keller unter Wasser gesetzt. Lange Zeit hindurch waren große Teile der Stadt vollständig ohne elektrisches Licht, darunter auch der Bahnhof. Ein solch schweres Unwetter ist in Piesitz seit Menschengedenken nicht beobachtet worden.

III. Bad Reichenhau. Das schwere Unwetter am Donnerstagnachmittag nahm, wie die Reichenhauer Morgenpost meldet, in der Gegend von Reichenhau ganz außergewöhnliche Ausmaße an. Die Stärke des herrschenden Sturmes wird mit 40 bis 70 Sekundenmetern angegeben. Stadtgebiet und Umgebung von Bad Reichenhau wurden schwer heimgesucht. Am Salinen-Gebäude wurde das Dach des Mittelbaus abgedeckt, ebenso an einer Gaststätte am Salin-See sowie an verschiedenen anderen Anwesen. In Reichenhau wurden zahlreiche Räume umgelegt. Der Park wurde vollständig zerstört, da er in kurzer Zeit in ein Urwaldstück verwandelt war. Auch die Kirche von St. Jeno wurde schwer beschädigt. Am Kranfenshausneubau wurde das prätorische Gerüst weggerissen. In ganz Reichenhau blieb kaum ein Haus unbeschädigt. Die Predigtkirche wurde infolge der Gewalt unterhalb der Stühle 1 abgerollt werden mußten. Der Sturm hob das Hüllrohr, das zu Montagemerkmale diente, aus dem Lager. Jedoch konnte bereits nach 20 Uhr der Betrieb wieder in vollem Umfang aufgenommen werden.

In Erbachen bei Ruppelshaus brach während des Sturmes ein Hochhaus aus, das infolge des starken Sturmes rasch um sich griff. Samtliche Anwesen von Erbachen wurden in Schutz und Unter gelegt. Das Feuer griff auch sofort auf die umliegenden Wälder über und konnte trotz tätigen Eingreifens nicht gelöscht werden.

II. Nürnberg. In der mittelfränkischen Gegend ereignete sich Donnerstagnachmittag ein schweres Unwetter. Nach bisher vorliegenden Meldungen aus Schwabach und Altdorf wurden diese Orte von einem schweren Unwetter heimgesucht. Es fielen Hagelkörner bis zu Hühnergröße. Das Unwetter vernichtete in Altdorf die gesamte Obst- und Gemüseernte und ist das schwerste seit Menschengedenken.

II. Stuttgart. In Entingen und Hohen-Entingen richtete ein Wirbelsturm großen Schaden an. Der Sturm leckte so plötzlich ein, daß die Bauern auf dem Felde davon überrascht wurden. Tausende von Dachfläzen wurden auf die Straßen geschleudert. Mehrere Häuser sind völlig abgedeckt. Eine neue Scheune wurde wie ein Kartenhaus in die Luft geworfen. Ueber 100 Ochsen, Rind- und Kalbentiere wurden vertrieben. Ein Dienstmädchen wurde fast 20 bis 30 Meter durch die Luft getragen.

Am Sonntag Großammeltag für den Antikriegsfonds der RPD

nationalen“ langen. Die von der Polizei gegen die kommunistischen Studenten angewandten Methoden werden dadurch noch illustriert, daß, als später die kommunistischen Studenten unter den Linden und vor dem Reichstag, also innerhalb der Kammer, demonstrierten, sie dies ungehindert tun konnten. In der vorigen Woche bereits demonstrierten die kommunistischen Studenten und die Rechtspresse rühmte die Durchbrechung der Panzerlinie. Gegen die roten Studenten Gummistempel — für die kommunistischen Studenten Strafe frei!

Hungerstreik der Gollnower Festungsgefangenen

Stettin, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Festungsgefangenen Schneider, Erdmann und Frey in der Festung Gollnow sind seit Dienstag in den Hungerstreik getreten.



Furchbares Unwetter in der Oberpfalz

II. Nürnberg. In der Oberpfalz wütete Donnerstagnachmittag ein schweres Unwetter, dem die ganze Gegend zum Opfer fiel. In einem Orte wurden zwei Landwirte durch Blitzschlag getötet, in einem anderen eine Frau und eine Kuh durch Hagelschlag erschlagen. In der Nähe von Deinschwang wurden 50 Schafe tot auf dem Felde gefunden. Der Schaden ist unermesslich.

Große Unterschlagungen beim Gewerkschaftsbund der Angestellten

II. Berlin. Wie die BZ meldet, ist dem Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA) durch Unterschlagungen eines seiner führenden Beamten ein Reichtum zugewachsen. Der geschäftsführende Direktor der Buchdruckerei Pohl und des Zeichen-Stäbe-Verlages, die dem Gewerkschaftsbund gehören, Dr. Marius Matthies, ist nach Unterschlagung von mehreren hunderttausend Mark nach Argentinien geflüchtet. Die Flucht Dr. Matthies erfolgte bereits vor mehreren Wochen. Die besondere Vertrauensstellung, die er inne hatte, benutzte er vor seinem Verschwinden aus Berlin, um eine sehr große Summe abzugeben. Etwa vier Wochen nach der Abreise aus Berlin traf aus Buenos Aires ein Telegramm des Frau Matthies ein, das nur die Nachricht enthielt, Dr. Matthies sei schwer erkrankt und müde ein Sanatorium aufsuchen. Seitdem fehlt jede Nachricht von dem geschäftsführenden Direktor. In dieser Zeit hatte man im Gewerkschaftsbund der Angestellten bereits festgestellt, daß der verschwundene Direktor keine Vertrauensstellung auf das schwerste mißbraucht hatte, und daß der vom Bund erlittene Schaden sich nicht nur auf die zuletzt vertrauten Beträge beschränkte. Dr. Matthies hatte jene Vertrauensstellung auch dazu benutzt, um sich bei geschäftlichen Transaktionen besondere Einnahmen zu verschaffen, indem er erworbene Objekte teilweise zu einem erhöhten Preis in die Firma einbrachte und die den vielfachen Kaufpreis übersteigenden Summen wahrscheinlich mit den jeweiligen Beständen teilte. Die Verpflichtungen, die aus der verdrücklichen Tätigkeit Dr. Matthiesens den Unternehmungen des GdA erwachsen, sollen in die Millionen gehen.

Neuer Schiedspruch für die schlesische Textilindustrie

Berlin, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Am 3. Juli fällt die Schlichterkammer den zweiten Schiedspruch für die schlesische Textilindustrie. Der Schiedspruch sieht eine sofortige Erhöhung der Löhne für die Bezirke Reichenhau, Gortlich, Landau und Breslau auf 18 Pf. und ab 1. April 1930 auf 20 Pf. vor, für die Bezirke Grünberg, Landshut und Reutzbach werden die Löhne sofort auf 20 Pf. und ab 1. April 1930 auf 22 Pf. erhöht. Alle anderen Tariflohnätze sowohl für die Zeit als auch für die Akkordarbeit sollen sich sofort um 1 Prozent und ab 1. April 1930 um weitere 3 Prozent erhöhen. Außerdem werden im Schiedspruch die Akkordklauseln neu geregelt. Die Gewerkschaften beantragter Verbindlichkeitsklärung, der Reichsarbeitsminister lehnte ab. Es wurde ein neuer Schlichter ernannt, der einen schlechteren Schiedspruch fällte. Der neue Schiedspruch bringt vor allem eine Verlängerung der Vertragsdauer um weitere fünf Monate bis zum 31. März 1931.

Der sozialdemokratische Arbeitsminister hat an ein und demselben Tag den Manteltarif für den Ruhrbergbau, der seine einzige Verbesserung für die Arbeiter bringt, auf Antrag der Unternehmer für verbindlich erklärt. Die Gewerkschaften hatten diesen Schiedspruch abgelehnt.

Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für die schlesische Textilindustrie wurde von Willy abgelehnt, weil er einige Beteiligte brachte und die Gewerkschaften den Schiedspruch angenommen hatten.

Amerika rüftet weiter auf

Das Berliner Tagblatt berichtet aus Washington, daß das Marineministerium, das in der vergangenen Woche zwei der neuen 10 000-Tonnen-Kreuzer in Auftrag gegeben hatte, nun auch die Aufträge für die restlichen drei Kreuzer vergeben hat. Damit ist das diesjährige Bauprogramm trotz aller Protestmeldungen über englisch-amerikanische Abrüstungsverhandlungen voll zur Ausführung gelangt. In Regierungskreisen betont man, daß die Parität mit England selbst durch das Bauprogramm von 15 Kreuzern noch lange nicht erreicht sei, und daß deshalb kein Grund dafür vorhanden sei das Geschick über den Kreuzerbau nicht durchzuführen. Man könne sich durch Abrüstungsverträge um so weniger am Bau der Panzerkreuzer hindern lassen, da man von konkreten Ergebnissen der von Macdonald und Dawes eingeleiteten Verhandlungen, wie der englische Premierminister selbst betont habe, noch keineswegs sprechen kann.

Vom Tage

Frauenhätiger Mord und Selbstmord

II. Postdam. Am Dienstagnachmittag erschlug der Arbeiter Franz Hufschlag in Menchen-Holzen die prostituierte Frau Luise Weikel aus Bohum. Offenbar hat der Mörder im Wut-rausch gehandelt. Er brachte ihr einen Holzschmitt bei, der die linke Schlagader traf. Als sie durch das Fenster zu entfliehen suchte, riß der Mörder die Frau zurück und brachte ihr schwere Stiche bei. Der Mörder tötete sich dann selbst durch einen Schuss in die Schlagader.

Verletzte bei dem Eisenbahnunglück bei Kranau

II. Warchau. Wie zu dem Eisenbahnunglück auf den Bahnhof Piazow bei Kranau ergänzend gemeldet wird, beläuft sich die Zahl der Verunglückten auf 55, von denen 31 sehr schwer verletzt sind. Fünf von den Verletzten schwanden in Lebensgefahr von dem verunglückten Personenzug, der als Schul- und Güterzug verfehlt, sind vier Wagen stark beschädigt, einer fast völlig zertrümmert worden. Unter den Verletzten befinden sich in der Hauptsache Frau und Schulkinder.

Volatle zur Einzeichnung

zum Protest gegen die Ausschüsse aus dem DAB. Restaurant „Zur Kette“, Ketschstraße, Uebigau. Restaurant „Mäze“, Trachenberger Straße. Restaurant Bruchmann, Großenhainer Straße (gegenüber Clemens Müller).

Einzeichnungszeiten: Sonnabend, 6. Juli, von 13—14 Uhr. Montag, 8. Juli, von 16—17 Uhr. Jeder Metallarbeiter muß zum Protest gegen die reaktionären Ausschüsse seine Unterschrift geben!

Witterungsaussichten: Heisteres, nur zeitweilig bewölkt. Wetter bei sommerlichen Temperaturen. Flachland schmale, Gebirge mögliche Winde aus Südost bis Südwest.

Wedel (SPD) verhindert Beratung des Mißtrauensvotums Schwarz (SPD) verlangt stabile Regierung — lies Große Koalition / Kommunisten fordern: Hilfe den wertvollen Bauern

5. Landtagsitzung

Dresden, den 4. Juli.

Als erster Punkt der Tagesordnung steht die Entgegennahme der Erklärung der durch Verfassungswirkung zustande gekommenen Regierung. Auch die heutige Sitzung steht wieder im Zeichen der Initiative der Kommunisten. Um die Parteien zu zwingen, Farbe zu bekennen und ihre Stellung gegen die „neue“ Regierung von Anfang an zu verdeutlichen, hat die kommunistische Fraktion einen Mißtrauensantrag eingebracht. Der zielklare, grundsätzliche Kampf der Kommunisten hat die bürgerlichen Parteien beträchtlich durcheinandergewürfelt. Das durch Gesetzesverletzung gewählte „Kabinett“ Bünzger steht vor dem Sturz. In Erwartung des Schauspiels sind die Tribünen überfüllt.

Nach Eröffnung der Sitzung nimmt das Wort zur Geschäftsordnung

Genosse Renner.

Er gibt bekannt, daß der Vorstand des Landtags es abgelehnt hat, den kommunistischen Mißtrauensantrag auf die Tagesordnung zu setzen. Dagegen legen wir schärfsten Protest ein und verlangen, daß der Antrag heute behandelt wird. Es zeigt sich hier wieder deutlich, daß die bürgerlichen Parteien die Verfassung auslegen wie es ihnen gerade paßt. Wir haben in letzter Zeit in Sachsen einen Verfassungsbruch nach dem anderen erlebt. Hier braucht nur an die ungesetzliche Landtagswahl, an die ungesetzliche Wahl des Herrn Bünzger zum Ministerpräsidenten erinnert zu werden. Sie wollen die Abstimmung hinausschieben, weil sie Angst vor der Annahme des Mißtrauensvotums haben. Also aus rein politischen Gründen verlesen sie die Verfassung! Es ist von besonderem Interesse, dies zu beobachten, weil die Regierung gleich zwei Hüter des Rechts und der Justiz aufweist. Unser Antrag muß heute verhandelt werden!

Präsident Wedel (SPD) verteidigt den Beschluß des Vorstandes

Er wird selbst von seinen eigenen Genossen bewogen angegriffen!

Die Abstimmung.

Widerspruch gegen die Behandlung erhob sich nicht, erst während der Abstimmung steht Schmidt (DVP) auf. Der Antrag, das Mißtrauensvotum zu behandeln, wird mit 48 gegen 46 Stimmen angenommen. Dafür stimmten RPD, SPD, USF, sowie u. A. Kuntze und Dr. Wallner (DVP). Die Abstimmung wird mit großem Lärm von Seiten der Rechten beantwortet. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte verlißt Dr. Bünzger unter großer Unruhe des Hauses seine

Regierungserklärung

Aus ihr ist zu entnehmen, daß Bünzger mit seinem „Kabinett der Käppe“ die Politik der Heßregierung fortsetzen will. Aha, Bünzger (DVP), dem aufscheinerd leht erst zum Bewußtsein gekommen war, was die Behandlung des Mißtrauensantrages bedeutete, richtet an die Regierung das — gesetzlich unzulässige — Ersuchen, Einspruch gegen die Behandlung zu erheben. Und prompt — wie der Schulknabe, wenn er vom Lehrer gefragt wird — erhebt sich der neugewählte Ministerpräsident und erhebt Einspruch. Das ist die erste Tat dieser Regierung! Die Ausführungen Bünzgers und der Einspruch Bünzgers haben eine außerordentlich heftige Geschäftsordnung zur Folge. Der Präsident Wedel (SPD), der sich anfangs recht hilflos gebärdete, nahm für die Rechten Stellung. Genosse Sandermann erhielt einen Ordnungsruf, weil er die parlamentarische Komödie als „Affentheater“ bezeichnete. Im Verlauf dieser lärmlichen Debatte weist Genosse Renner darauf hin, daß erstens der Einspruch bei politischen Anträgen unzulässig sei und zweitens der Landtag souverän ist und seine Tagesordnung selbst beschließt! Der deutschnationale Dr. Oberle weist sich zum Vetter des Parlamentarismus auf. Schwarz (SPD) unterstreicht im wesentlichen die Ausführungen des Genossen Renner. Weiter stellt er fest, daß die Geschäftsordnung in vielen Punkten gegen die Verfassung verstoße. Zum Schluß erklärt er, daß der Landtag hoch vernünftig genug sein werde, sich eine stabile Regierung zu wählen. Das war ein deutlicher Sieb auf die Richtung Große Koalition.

Genosse Renner

bezeichnet die Brechung der Verfassung die nur aus politischen Gründen erfolgte. Er zeigt, daß noch kein Kabinett sich so grenzenlos blamiert als das Kabinett Bünzger. Es hat gleich in den ersten paar Minuten seines Bestehens seine Arbeiterfeindschaft mit aller Deutlichkeit dokumentiert.

Der sozialdemokratische Präsident läßt den Einspruch der Bürgerlichen gelten.

Er bestimmt trotz lebhaftem Protest unserer Genossen, daß der Mißtrauensantrag erst auf die nächste Tagesordnung kommt. So leistet ein Sozialdemokrat den Bürgerlichen Hilfeleistung. Nach der Vornahme einiger Wahlen wird der Antrag der kommunistischen Fraktion

gegen die Austreibung von Goermus

behandelt. Genosse Opiß zeigt, daß die Maßnahme der Regierung in der Linie der Bekämpfung der revolutionären Arbeiter liegt. Goermus ist kein Parteikommunist, er steht rein idealtreu in der Front der Arbeiter. Um so kennzeichnender ist die reaktionäre Maßnahme. Daß die USF der Treiber dieses Altes ist, beweist den faschistischen Charakter dieser Organisation. Wir protestieren gegen die Maßnahme der Regierung und verlangen die sofortige Zurücknahme. In einer abgegebenen Regierungserklärung wird die Frage von der Agitation, die angeblich Goermus leistet, wiederholt. Wedel (SPD) bemerkt die Gelegenheit, in eleberrgender, heuchlerischer Weise gegen den „Mißbrauch“ von Goermus durch die Kommunisten zu polemisieren. Seine weiteren Ausführungen sind eine wüste Heße gegen Sowjetrußland. In treffender Weise fertigt Genosse Renner diesen „linken“ Sozialfaschisten ab. Die Verbote kommunistischer Festungen, das Verbot des RPD, das Einsetzen von Kolloms-

mandos des Reichsbanners gegen revolutionäre Arbeiter, all das erfolgte auf Anweisung faschistischer Führer. Die SPD buhlt leht um Goermus, ja, wir wissen, wenn er für die Reformisten spielen sollte, wird er seinen Ausweisungsbefehl mehr erhalten. Die Kapitalisten wissen sehr gut, daß wer im Dienste des Reformismus, damit zugleich im Dienste der Kapitalisten steht. Das Gesetze der SPD über Demokratie ist durch die Taten der Seewitz und Jürgelmeier genügend gerichtet. Der kommunistische Antrag wird, trotzdem eine große Zahl Sozialdemokraten fehlt, mit Mehrheit angenommen. Ehe in der weiteren Beratung fortgeschritten wird, gibt der Präsident die nächste Sitzung, die Dienstag den 9. Juli stattfindet, bekannt. Genosse Renner protestiert dagegen und verlangt, daß die nächste Sitzung Freitag stattfinden soll. Die Bürgerlichen wollen Zeit gewinnen, um ihre Schiebungen vollenden zu können. Der Antrag wird gegen die Stimmen der RPD und SPD abgelehnt. Die USF, Demokraten, Volkspartei und Nazis leiteten hier der ungesetzlichen „Streifenregierung“ bemüht Hinführung! Nach der Annahme einiger ungesetzlicher Statuten kommt das Kapitel

Landesgesundheitsamt

zur Beratung. Für die kommunistische Fraktion ergreift das Wort

Genossin Gläher

Sie fordert Hilfe für die Tuberkulosekranken, die Opfer der kapitalistischen Gesellschaft sind. Reichtum liegen die Dinge bei den Schwämmen. Sie haben zwar große Pflichten — Pflichten, die denen der Beamten gleichkommen, aber sie haben keine Erlöse. Viele Frauen müssen den Beistand einer Hebamme ablehnen, weil sie es nicht bezahlen können. Laut amtlicher (!) Statistik endeten in Deutschland jährlich 18.000 Frauen ohne Hebamme! Es gilt, das Arbeitsgebiet der Hebammen nicht ab-, sondern auszubauen. Sie sollen in der Wöchnerinnenfürsorge mitarbeiten. Um dies zu ermöglichen, fordern wir Verstaatlichung des Hebammenwesens, sowie Gerantierung eines jährlichen Mindesteinkommens von mindestens 2000 Mark. Man erklärt, hierfür sei kein Geld da. Die Sozialdemokraten bauen

dafür die Bankertrouser. Wirkliche Sozialpolitik ist nur möglich, wenn die Arbeiter selbst die Herrschaft erobern. — Zum Kapitel Anhalten der öffentlichen Gesundheitspflege spricht

Genossin Rißwisch

Mehrere Anträge, die Erhöhungen der Summen so u. a. für Lebensmittelkontrolle verlangen, werden von ihr begründet. Sie erinnert auch an die vielen Erkrankungen, die auf Grund nicht einwandfreien Wassers vorkommen, sowie an die verheerenden orts zuzuge tretene Wasser. Bei dem Kapitel Erziehung leht sich Genosse Stiegel besonders für die Forderungen der im Schwelgen tätigen Arbeiter und Beamten ein. Die vorliegenden Minderheitsgutachten werden meist abgelehnt. e

Die Kommunisten fordern Hilfe für die Arbeitslosen

Genosse Schneider schildert die große Not der Kleinbauern, die vor allem durch die grenzenlose Ausplünderung der Bauern durch Steuern hervorgerufen wurde. Während die großen Landwirte Kredite über Kredite erhalten, geht man zu den Kleinbauern pfänden. Sie werden in die Arme von Wucherern getrieben. Die Landbauern nehmen ebenfalls nur Stellung für die großen Bauern. Die Arbeitslosen aber fertigt man mit Versprechungen ab. Besonders große Not leiden die kleinen Bauern im Erzgebirge. Unter größter Aufmerksamkeit des ganzen Hauses hält Genosse Schneider dann noch scharfe Abrechnung mit den Landbauernführern im allgemeinen und mit Schreiber im besonderen. Genosse Schneider zeigt, daß die Werttätigen in Stadt und Land gemeinsam kämpfen müssen. Nur dann wird es möglich sein, auch die Existenz der kleinen Bauern zu erringen. Bei der Abstimmung werden wiederum die kommunistischen Anträge abgelehnt, die Ausschussgutachten mit Mehrheit beschloßen. Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 9. Juli vormittags 11 Uhr statt.

Auf der Tagesordnung steht u. a. der Mißtrauensantrag der kommunistischen Fraktion.

Freidenkeropposition vor die Front!

Vom Sekretariat des FK wird uns geschrieben: Im proletarischen Kulturkampf hat eine große Schlacht begonnen. Wieder sind die roten Fronten des Klassenkampfes klar: auf der einen Seite die Trutzbourgeoisie, mit allen ihren reaktionären Institutionen und eng verbündet mit der Sozialdemokratie, auf der anderen Seite die Massen des Proletariats unter Führung der revolutionären Opposition und der kommunistischen Partei.

Man muß klar sehen: das Proletentum ist der Beginn eines Kirchensturzjahres und einer Kulturrevolution, wie sie das deutsche Proletariat noch nicht erlebt hat.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß Preußen mit der sozialdemokratischen Koalitionsregierung nur den Anfang macht. Dann sollen Baden, Württemberg und andere Staaten folgen. Und alle Konföderate mit der katholischen Kirche sind nur das Vorbild zu noch schlimmeren Konföderaten mit den evangelischen Landeskirchen.

Was die Kirchen und Regierungen in den Konföderaten aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht ausdrücklich und ausführlich festlegen, das wird von den Koalitionsregierungen in die Landes- und Reichsgesetze hineingearbeitet. Sollte dann noch ein schäbiger Rest unerfüllter Kirchenforderungen bleiben, dann winkt in einigen Jahren für den katholischen und evangelischen Klerus das Reichskonföderat, das alle Wünsche der Klerikenträger restlos befriedigt.

Das ist der Plan. Die Sozialdemokratie — wer könnte es auch anders erwarten — kennt diesen Plan, billigt ihn, hilft ihn durchzuführen und ist mitschuldig an der Verpöpfung und Klerikalisierung der Kinder, der jugendlichen und erwachsenen Arbeiter.

Wo ist die Kraft, die sich dieser imperialistischen Kirchenreaktion entgegenwirft? Die antibolschewistischen Bürokraten im Hauptstadtsstand und in den sozialdemokratischen Bezirksleitungen des Freidenkerbundes haben andere Sorgen. Im Auftrage des SPD-Parteivorstandes rühren sie keinen Finger gegen das Konföderat; im Gegenteil, sie laborieren die Organisation jedes ersten Kampfes gegen die Kulturreaktion. Sie versuchen, mit Polizei und Gerichtssozialisten, mit Klassenjustiz und Brutalität, mit Lüge und Verleumdung die Opposition auszurotten und die Durchführung der arbeitserfreundlichen Koalitionspolitik, die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion durch Stärkung des finanziellen und politischen Einflusses der Kirche zu sichern. Während das Proletentum im Landtag durchgepeitscht wird, spalten sie in Thüringen einen weiteren Bezirk des Freidenkerbundes ab. Während die Arbeiter sich aufdämmen gegen die wachsende Kirchenreaktion, bereiten sie neue Spaltungsstrieche in Nord- und Südbaden vor. Mit der Sozialdemokratie und den Pfaffen haben sie eine große Verschwörung zur Täuschung und Verbannung der Massen geschlossen.

Bleibt nur die Opposition unter Führung der kommunistischen Partei. Diese revolutionäre Freidenkeropposition hat leht im proletarischen Kulturkampf, in der Zeit der wachsenden Kriegsgesche gegen die Sowjetunion eine große, eine historische Aufgabe zu erfüllen: Die Massen der organisierten Freidenker und des gesamten Proletariats zu sammeln zum Kampfe gegen die wachsende Kulturhande in Deutschland.

Aus dem Rahmen des vereinsmäßig innerorganisatorischen Kampfes muß die Opposition heraustreten und hineingehen in die Betriebe, in die Gewerkschaften, in die Sport- und sonstigen sozialpolitischen und kulturellen

Organisationen. In den Massen des Proletariats muß die Opposition die Fühne des revolutionären Aktivismus, des Marxismus-Leninismus aufpflanzen und die Massen sammeln und organisieren um Sturm gegen die einseitige Kampffront von Trutskapital, Sozialdemokratie und Pfaffentum.

Oppositionelle Freidenker! Heraus zur Offensive!

Die Zeiten für die Konföderats-Sozialdemokratie werden nicht ruhig. Die sozialfaschistischen Spaltungsmethoden der Steuers und Kumpanei haben den Grad erreicht, bei dem selbst die proletarischen Anhänger der SPD fluchtig werden müssen. Die Kommunisten vor allem: In jeder Stadt, in jedem Ort müßt ihr mit voller Kraft an die Durchsetzung des Bedingter Parteitagabeschlusses herangehen. Unsere Aufgaben sind klar: Fraktionsstimmungen überall unter Hinzuziehung der Sympathisierenden; öffentliche Kundgebungen der Opposition, verbunden mit Entgegennahme von Erklärungen zum Kirchenaustritt und zur Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht; zielbewusste Anträge gegen die Konföderatspolitik in allen proletarischen Organisationen; Anzeigung der kriegerischen antibolschewistischen Hintergründe für die Konföderate und Einleitung aller Freidenker in die Front des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, in die Front des Roten Tages am 1. August.

Noch eins ist klar: Das Bündnis zwischen Staat, Pfaffentum und sozialdemokratischen Bürokraten ist so innig, die spalterischen Freidenkerkonzepte sind für die Bourgeoisie als Werkzeug zur Verhinderung proletarischer Kulturkämpfe so wertvoll, daß wir auf prosajuallichem Wege niemals Recht erhalten werden. Die Klassenjustiz schlägt ihre Steuers und Konferten. Sie wird sie schützen und in Amt und Würden halten, selbst wenn die Opposition eine noch größere Mehrheit hätte.

Also wollen wir die Unterzeichnensammlung völlig umfassen nicht allein gegen die zusammengesobene Frankfurter Generalversammlung soll unterschrieben werden, nicht mehr darf im Mittelpunkt das Argument von der Beitragsermäßigung stehen. Jetzt geht es um mehr, um Größeres. Die Unterzeichnensammlung muß eine Massenproletenbewegung werden gegen die Kulturreaktion und die schändliche pfaffenrechtliche Rolle der Sozialdemokratie und der Freidenkerbürokratie. Die Unterzeichnensammlung soll das Ziel verfolgen, die Massen der organisierten Freidenker um die Fühne der Opposition zu sammeln, um die Führer der Freidenkeropposition einen harten Schulwall, eine dreite Garde zu liefern. Bei jedem Versuch von neuen Ausschlußverfahren, Funktionsenthebungen und Entsendung von Kommissaren müssen die Steuers und Kumpanei auf den Widerstand organisierter Massen stoßen. Und wenn Herr Steuers durchaus die Opposition aus dem Verband abspalten will, dann soll er dastehen: gebrandmarkt als Spalter mit wenigen leiner Knechte — und die Opposition soll an der Spitze aller ehrlichen, freiheitlich denkenden revolutionär-antifaschistischen Proletariermaßen den Verband unter den alten Führern des Klassenkampfes fortführen.

Opposition vor die Front! Eine neue Periode proletarischen Kulturkampfes ist angebrochen. Sie wird ihr Ende finden mit dem Sieg der proletarischen Revolution. Denn erst der Sozialismus wird die ökonomische Grundlage schaffen, auf der keine idealistische, religiöse, pfäffliche Ideologie existieren kann.

Rüftet zum Antikriegstag, dem 1. August!

Das Märchen vom proletarischen Hakenkreuz...

Die Nazis schwingen große Lüge.
Sie nennen sich des Volkes Söhne
Und schimpfen aufs jüdische Kapital —
Vor der Wahl.
Doch hört, was nach der Wahl geschehen,
Und wie die Nazis bran sich drehen:

Am Landtag wird jetzt um Posten gehandelt,
Und siehe da, wie sie sich verandelt.
Die Nazis, des „Parlamentes Schrecken“
Küßt Mann hoch nun sie die Hölle reden
Und sagen: „Teudefürst! Heil Hitler! Hurra!“
Wir zählten Parlamentarier kund da,
Wir fordern jetzt, als echte Philister
(Und Jubeltreter), auch einen Minister!

Doch dies ist erst der erste Streich,
Und ein zweiter folgt sogleich.

Ministerpräsidentenwahl
Ist für den Landtag eine Qual.
Hier Sots (die ruhmvollen Hochqualitäten) —
Partei stehen geschlossen die Kapitalisten
Sitz nehmen mit hocherhabenem Finger —
Dort steht der volksparteiische Ringer...
Und schau, was die Nazis im Landtage wählen
Es läßt sich doch nicht mehr verhehlen,
Tröh Anti-Stresemann-Gebühre
Wählen Nazis — Deutsche Volkspartei.
Und zeigen sich offen zum zweitenmal
Als Vorkämpfer dem Kapital.
Doch halt! Dies kann die Wähler strafen,
Man muß die Sache schnell verstehen,
Muss proletarisch sich gebärden,
Damit die Wähler ruhig werden.
Man macht deshalb in keiner Not
Der SPD ein Angebot.
Ein Angebot, sehr nett und fein.
Lädt auch die SPD mit ein,
Und sagt: Wir drei gehör'n zusammen,
Da alle wir das Geld verdienen,
Woll'n wir 'ne Volksregierung machen.
(Da kommt dem Droschkengaul das Lachen)
Doch der Prolet erkennt die Lügen
Und läßt sich nicht so plump betrügen
Von SPD und von Faschisten
Läßt der Prolet sich nicht überlisten,
Er weiß: des Geldsacks einziger Gegner ist,
Einzigallein der Kommunist. M. Z.

Ein Orkan über Dresden

Am Donnerstagnachmittag ging über Dresden und Umgebung ein schweres Gewitter nieder, das etwa dreiviertel Stunde anhielt. Gegen 16 Uhr setzte ein ungewöhnlich heftiger Regen ein, von einem orkanartigen Sturm begleitet, der in der Stadt großen Schaden anrichtete. Die Feuerwehre hatte alle Hände voll zu tun, um die Wasser- und Sturmfluten zu bewältigen. Sämtliche Dachrinnen wurden dazu benötigt; denn es lagen gegen 17 Uhr über 300 Alarmierungen vor. Der Sturm hat vor allem an Neubauten, an Dächern und Gerüsten, besonders in der noch unferligen Zell- und Außenstadt der Bogelwiese und in den Parkanlagen große Verwüstungen angerichtet. An einigen Stellen der Stadt kam es auch zu anhaltenden Stürmen im Straßenbahnbereich, da umstürzende Bäume die Oberleitungen zerstört hatten.

Gegen die Ausweisung des russischen Heigenkämpfers Soerwas hat das proletarische Kulturkartell Groß-Dresden bei den maßgebenden Stellen Protest eingeleitet und verlangt, die Ausweisung rückgängig zu machen.

Ein Kraftwagen mit wertvollen Filmaufnahmen gestohlen. Vor dem Ginkhad ist am 2. Juli 1929 gegen 15.30 Uhr ein bei gefährlicher Opel-Vierwagentwagen, Erkennungszeichen IV B 42131, mit Almetterverdeck gestohlen worden. In dem Wagen befanden sich neben Büchern und Manuskripten auch etwa 250 Meter wertvolle Schmalfilmaufnahmen von der ersten Weltkriegsausfahrt des neuen Zeppelin-Luftschiffes nach vielen Fehlvorflügen.

Die Dresdner Neuesten und die Dresdner Nachrichten wollen die Löhne abbauen!

Im vergangenen Jahre ist bekanntlich gegen die Buchdrucker ein schändlicher Schiedspruch gefällt und auch für verbindlich erklärt worden. Der Schiedspruch hatte allenthalben unter den Buchdrucker große Empörung ausgelöst. In mehreren Städten wurde trotz Verbindlichkeitsverklärung getreift: So auch in Dresden. Dabei wurde eine Lohnerhöhung von 250 Mark pro Woche über den als verbindlich erklärten Schiedspruch erlangt. Die Lohnerhöhung wurde allerdings nicht als tarifliche, sondern als betriebliche Vereinbarung getroffen. Nur der offen arbeitende Einheitsverband der reformistischen Verbände war es zuzuschreiben, daß die Buchdrucker nicht mehr herausgeholt konnten. Damals war u. a. auch die Dresdner Volkszeitung den kämpfenden Kollegen in den Rücken gefallen. Nach Abschluß des neuen Lohnvertrages machten die Unternehmer einen Vorstoß. Die Ausführenden waren die DTK und die Dresdner Nachrichten. Die damals ge-

troffene betriebliche Lohnerhöhung sollte abgerodert werden. Dadurch sollten die Kollegen um die neue Lohnerhöhung geprellt werden. Das kommt faktisch einem Lohnabbau gleich.

Das Arbeitsgericht sollte ein Urteil, nach dem die betriebliche Lohnerhöhung nicht abgezogen werden darf. Damit dürfte allerdings der Streit nach nicht seine Erledigung gefunden haben. Wie wir erfahren, wollen die reaktionären Zeitungen gegen das Urteil Einspruch erheben.

Interessant war der Auspruch des Verhandlungsleiters, der den Unternehmern erklärte: „Hätten Sie damals nicht gezögert, dann wäre der Streit in ganz Deutschland ausgebrochen und Sie hätten vielleicht noch mehr bezahlen müssen.“ (!)

Das Vorgehen der beiden reaktionären Zeitungen zeigt der gesamten Arbeiterschaft, wie dringend notwendig es ist, diese arbeitserfreundlichen Blätter aus den Arbeiterwohnungen zu vertreiben.

Das Stappenschwein in der Großen Wirtschaft!

Was wird von einem Augenzeugen der am Sonnabend vorgenommenen Stahlhelmsproportionen folgendes berichtet:

Sonnabend den 29. Juni hielten die Marine- und Schutztruppenvereine in der Großen Wirtschaft im Großen Garten eine öffentliche Kolonialfeier ab. Das Lokal war sehr stark von Mitgliedern des Stahlhelms und anderer vaterländischer Verbände besetzt. Da es jedoch eine öffentliche Feier mit Konzert war, waren auch andere Gäste, welche zum Abendkonzert gehen wollten, vorhanden. Der Abend verlief bis gegen 21.30 Uhr sehr ruhig. Als dann auf Betreiben der Verbände das „Deutschland, Deutschland über alles“ gespielt wurde, sollten sämtliche Gäste aufstehen. Einige andersdenkende Feinde blieben jedoch sitzen.

Run kam die edle Denkart des Stahlhelms zum Durchbruch. Ein Herr, der in Begleitung von drei Damen war und ebenfalls sitzen blieb, war bald von einem Rudel Stahlhelmlenten umgeben. — „Haut ihm richtig die Kreuze voll! Schmeiß ihn raus, den Kerl!“ Solche und ähnliche Reden schwirrten in der Runde. Nur das Aufstehen des Wirtes konnte die Unsitte vermeiden. Das war aber noch nicht genug des „Guten“.

Zwei junge Leute gingen nach der Toilette. Die Bemerkung des einen zum Freund: „Es ist unglaublich, wie sich die Leute hier in einem öffentlichen Lokal aufführen“, wurde von einem Anhänger des Stahlhelms aufgefangen. Schnell waren

einige Kampfansätze herbeigeholt, und bald war eine Menge von 20 bis 25 Leuten um die beiden verammelt. Ein Mann von etwa 45 Jahren in Stahlhelmsuniform (scheinbar ein Führer) drängte sich in den Kreis. Trotzdem er von nichts wußte, brüllte er: „Was, Sie wollen mich frech werden? Dem werden wir's antun, Schmeiß sie raus!“ Durch die Ruhe der beiden jungen Leute bis zum äußersten gereizt, schrie er weiter: „Ihr Judenbengel, ihr Demotragengelübel, geht dorthin, wo ihr hergekommen seid“ usw. Mit Ausritten Schlägen in den Rücken usw. wurden sie zum Tor hinausgeworfen. — Man denke: 20—25 Personen auf zwei wehrlose Leute.

Es ist eine Schande, daß so etwas in einem öffentlichen Lokal, in einem Lokal, welches durch seine Konzerte einen Platz für jedermann bieten sollte, vorfallen kann. Man möchte vor solchen Vorfällen warnen, in denen der harmlose Besucher nicht sicher ist, ob er ganz oder mit verschlagenen Gliedern herauskommt. Ob er für seine 10 Pf. Eintritt das Recht hat, zu sitzen oder zu stehen, wenn es ihm beliebt, und ob er schließlich keine Zeche in Ruhe bezahlen kann, oder ob er sich wie ein gemeiner Jochpfeiler mit Schimpfnamen und Ausritten hinauswerfen lassen muß. Das zu organisieren und zu bestimmen ist die Aufgabe des Stahlhelms in der Großen Wirtschaft geworden zu sein. Wie lange will der Wächter die Stappenschweine dort kommandieren lassen? Es tut not, daß er sich zu diesem unerhörten Vorkommnis äußert.

Rußlandfeind Rösch mimt Sowjetfreundlichkeit

Die politischen Betrüger am Branger / Die SPD mit der Reaktion Arm in Arm
Döllisch beschließt den Kommunisten: Maul halten!

Der zeitigen Staatsverordnetenversammlung sind eine gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten voraus, in der ein sogenannter Einigungsantrag auf der Tagesordnung stand, durch den die kritischen Punkte des Haushaltsplans unter Dach und Fach gebracht werden sollten. Der Führer, der sozialdemokratische Finanzdeputierter, zeigt in kurzen Ausführungen „das Wesen jedes Einigungsantrages“ auf und empfiehlt, den vorliegenden Einigungsantrag anzunehmen. Nach ihm spricht Genosse Stadtrat Lewinsohn für die kommunistische Rats- und Stadtverordnetenfraktion und betont, daß auch dieser Einigungsantrag das Werk der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit ist und in keiner Weise den notwendigen Forderungen der wertvollen Bevölkerung entspricht.

Der Haushaltsplan ist diffizil von den kapitalistischen Wirtschaftlern, die sich den sozialdemokratischen Finanzdeputierten als Organisator ihrer Pläne erheben haben.

Während Genosse Lewinsohn die politischen Hintergründe der Sparmaßnahmen des Haushaltsplans — den Voulaplan — aufzeigt, droht Döllisch wiederholt damit, ihm das Wort entziehen zu wollen, „wenn er nicht zur Sache spreche“. Deutschnationale und Sozialdemokraten schreien: „Schluß machen!“ und verhalten sich freundschaftlich gegen den Genossen Lewinsohn am Reden zu hindern. Der Deutschnationale Kunzsch spricht hierauf davon, Genosse Lewinsohn „habe die Redefreiheit mißbraucht“ — im übrigen hätte noch mehr gekürzt werden müssen, aber „um der lieben Ruhe“ (!) sei seine Fraktion für den Einigungsantrag. Dierauf verläßt Sozialdemokrat Kunzsch durch Kommunistenbrüche und persönliche „geheimliche“ Verhandlungen gegenüber dem Gen. Lewinsohn über die Besetzung des reaktionären Einigungsantrages wegzutauschen. Den Punkt Völzsch lehnte die SPD ab — weil Körperlichkeit und leitende Positionen nicht den Forderungen der SPD entsprächen. Den „Unterschied“ zwischen Kühn, Jürgens und Schönfelder vermag er darzulegen. Die kommunistischen Forderungen auf Erhöhung des Schulbetrags um das Fünftache des eingeleiteten Betrags seien bloßfährig (!) gewesen. (Die Arbeiterreihen sollten sich dieses Weltbildes eines sozialdemokratischen Lehrers merken!) Die provokatorischen Ausführungen des Sozialdemokraten Lehner trante beantwortet Genosse Gähdel, der eingangs seiner Rede nachwies, daß die revolutionäre Rolle der SPD längst auf die SPD übergegangen ist und daß durchaus

bürgerliche Argumente heute gemeinsam von Reaktion und SPD gebraucht werden. Ebenso ist es...

... der Geschäftsordnung Döllisch gegen die Kommunisten, wenn diese die Zusammenhänge zwischen Reichs- und Gemeindepolitik aufzeigen wollen. Das muß Döllisch verhindern, weil dadurch die politische Stellung der SPD als reaktionär offensichtlich werden muß. Daher das Bestreben, die Dinge zu trennen und sich hinter Reichsgehe zu verhehlen und dabei zu verhindern, daß gesagt wird, daß die SPD die führende Rolle beim Aufstandslernen dieser reaktionären Gehele spielt. Soziale Reaktion und imperialistische Kriegspläne gehören zusammen und das werden wir bei der Kriegsjahre gegenüber der Sowjetunion immer wieder sagen. An der Stellung zu den einzelnen Positionen zeigt Genosse Gähdel die arbeitserfreundliche Politik der SPD auf, die sich praktisch in der Unterdrückung und Förderung der imperialistischen Kriegspläne auswirkt und die nur von der gemeinsamen Front des Proletariats zurückgegriffen werden können. Rösch beschließt hierauf, die SPD gehe vom „proletarischen Standpunkt“ aus, und die Kommunisten seien eben nur verantwortungsvolle Leute, die vor der Arbeiterschaft über ihre Tätigkeit in der Reichsregierung ablegen. (!) Und das sagt Herr Rösch, der für Erwerbslosen- und Arbeiterdelegationen nie zu sprechen ist! — D. R. Wieder beteuert Herr Rösch seine „Rußlandfreundlichkeit“. (Wir sind vollkommen davon überzeugt!) Die Arbeiterkomitee bringe kein Wort seiner Kritik, er erkläre alles nur für Rußlandheke. (Ja — als was denn sonst, lieber Rösch? Was soll man dafür denn für eine neue Bezeichnung finden? — D. R.) „Liebement“ gebührt jedoch nach Eintritt in die Sitzung der Stadtratsordnung der sozialdemokratische Vorsitz in einer längeren Rede eines vorübergehenden bürgerlichen früheren Stadtverordneten, des Sch. Rat. Schulze, rühmt dessen Verdienste usw. usw. Döllisch als „Reichsredner“. Eine Reihe von Ausschlußanträgen, die Mittel für die Tiefbauarbeiten usw. fordern, Einbürgerungsgesuche usw. werden dann angenommen.

Um die Mietbeihilfen für Erwerbslose entzerrt sich eine rege Debatte. Wieder ist es der Sozialdemokrat Rösch, der in einem Gutachten die Abkündigung dieses kommunistischen Antrags fordert, „da nur bei sehr wenigen Er-

werbslosen Mietbeihilfen gemacht werden“. Ein kommunistischer Mieterbeihilfen, das die Forderungen der Erwerbslosen noch im einzelnen detailliert, wird sehr eindrucksvoll vom Gen. Gähdel begründet, wird aber trotzdem von der bürgerlich-sozialdemokratischen Front niedergebittet, nachdem Vorstand Rösch unter dem Schutze seines Vorsitzes sich wieder einmal Regelhaft benommen hat.

Gegen rigorose Entlassungen städtischer Arbeiter

richtete sich ein kommunistischer Antrag, der vom Rat forderzte, die von städtischen Stellen entlassenen Saisonarbeiter sofort weiter zu beschäftigen und alle Kündigungen von Saisonarbeitern sofort zurückzuführen. Auch hier wieder Beweis sozialdemokratischer Zerrteilung von Arbeiterinteressen. Ihr Unwachen üblicher reformistischer Schlem, der den Rat zu nichts verpflichtete, während die Kommunisten beantragten, den Antrag zum Beschluß zu erheben. Aber: Schlem ist Trumpf — SPD und Bürgerium bedienen die Abstimmungsmaschine vorzüglich. Die Arbeiterforderungen werden wiedergegrünelt.

Die kommunistischen Ratsmitglieder lassen schweigen!
Die kommunistische Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, der forderte, dem § 23 Abs 5 der Geschäftsordnung der Stadt den Satz hinzuzufügen:

„Die nicht zur Vertretung zuständigen Ratsmitglieder haben das Recht, im Rahmen dieser Geschäftsordnung zu persönlichen Bemerkungen und sachlichen Berichtigungen das Wort zu ergreifen.“

Selbstverständlich haben Oberbürgermeister, bürgerliche und sozialdemokratische Fraktion gegen diesen Antrag eine unvernünftige feindselige Stellung eingenommen, um diesen Satz zu Fall zu bringen. SPD und Bürgerium, im Rat- und Stadtverordnetenkollegium innig vereint, so führt Gen. Dr. Helm aus, haben alles Interesse, die freie Meinungsäußerung der (kommunistischen) Ratsmitglieder zu unterbinden. Selbst vom rein juristischen Standpunkt, wenn man davon sprechen will, ist die Stellung, die SPD und Bürgerium zu dieser Frage einnehmen, nicht zulässig, aber es erweist sich an diesem Punkt, daß man Paragraphen so auslegt, biegt oder ignoriert, wie es das Klasseninteresse verlangt.

Deutlich ist hier zu bemerken, daß der vereinigte sozialistische Block das von ihm so vielgepriesene „demokratische Prinzip“ mit Füßen tritt, wenn sich die Opposition, d. h. Kommunisten erlauben, die Politik der arbeitserfreundlichen Parteien anzusprechen.

Wundtöndung der Kommunisten, die sich nicht zur Abstimmungsmaschine degradieren lassen, das ist das Prinzip der Volksgemeinschaft von Rösch bis zu dem Deutschnationalen Dr. Müller. Dann kommt der Instrumentenmacher Soehla (SPD) und versucht die Stellung der SPD zu verdeutlichen. Den kommunistischen Antrag könne er nicht begreifen, so sagt Soehla wörtlich; trotzdem spricht er aber zu einer Sache, von der er nichts begreift als — „Kaisergeb“. Er will die Qualifikation nicht zur Qualifikation machen lassen, deswegen dürfen kommunistische Stadträte nicht ohne Erlaubnis des Ober sprechen.

Auch Genosse Gähdel stellt fest, daß die von bürgerlicher Seite eingebrachte Geschäftsordnung das Instrument des Bürgeriums zur Sicherhaltung der Kommunisten ist, daß freilich von einem sozialdemokratischen Vorsteher ebenso (schad) und brutal gegen die Kommunisten vorgegangen wird wie von deutchnationalen und „demokratischen“ Vorstehern. Die „guten Parlamentarier“ können dann schließlich gegen die Stimmen der Kommunisten gegen den Antrag. Ein sozialdemokratischer Antrag, in den Anlagen des Niederwalddenkmal einen Kinderpielplatz zu errichten und für Ermahnung in genügender Zahl Ruheplätze aufzustellen, geht an den zuständigen Verwaltungsausschuß.

SPD bringt Erwerbslosenanträge zu Fall!

Siegruf begrüßte Genosse Schwarze einen Antrag, der forderte:

„Kollektivum wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, beim Arbeitsamt Dresden dahin vorstellig zu werden, daß die durch die Verkürzung der Dienzeit an der Stempelstelle Dresden-R., Hölziger Straße 20, entstandenen Mißstände schnellstens beseitigt werden.“

Die Unterstützung für den Antrag reichte nicht aus, die SPD brachte ihn also zu Fall. Die Deutschnationalen heucheln in einem Antrag, der Schulleistungen während der großen Ferien fordert Arbeitserfreundlichkeit. Man erinnert sich dabei an den bekannten Auspruch vom „Juderbock und der Reitsche“. Ein sofort erkennbarer plumper Agitationsantrag für die Zeit der Wahlen, den Genosse Gähdel mühselos entlarvt, indem er feststellt, daß die Deutschnationalen vor nicht allzu langer Zeit die Mißverabfolgung in den Schulen verhindert. Dann begründet Rösch einen Antrag, dessen Ziel sein soll, die Dienstfreudigkeit der Feuerwehrlente zu heben. Der Antrag wird dem Finanzausschuß überwiesen.

Ein kommunistischer Antrag für die Bewohner des Jägerparks

fordert vom Rat, bei der Amtshauptmannschaft Dresden zu beantragen, daß der Weg entlang des Jägerparks, welcher jetzt als Zu- und Abfahrtsweg für die dort betriebene Kiesgrube dient, so hergestellt wird, daß bei Regenwetter Wasser und Schlamm die Ausgänge der Baracken nicht mehr überflutet, die Wohnungen dadurch unbenutzbar macht und das Hausgerät der Bewohner beschädigt.

Der Antrag geht nach kurzer Begründung durch Genossen Schwarze an den Prüfungsausschuß. Es folgt eine geheime Sitzung. Die letzte Sitzung vor den Ferien ist zu Ende. Wieder das alte Spiel. Zusammenarbeiten zwischen SPD und Bürgerium. Die Stadtverordnetenwahlen werden nach Wiederbeginn der Sitzungen in — für die SPD bedenkliche — Nähe gerückt sein. Sorgen wir für einen vollen Erfolg der kommunistischen Partei und für

eine proletarische Antwort am 17. November zur Stadtverordnetenwahl!

Ein Waldkonzert veranstalten die Arbeiterjäger am Sonntag dem 7. Juli 1929 um 15 Uhr auf dem Sportplatz Junge Heide hinter dem Wilden Mann. Paul Bege dirigiert. Von der lächlichen Stansoper wird das Waldhornquartett mit

Keune im Alberttheater. Das Alberttheater eröffnete seine Sommerpielzeit mit der Wiener Operette „Ohne Kneid — tut mir leid“. Robert Koubach zeigt eine aus 29 Bildern abwechselnd reich und gut ausgestattete bürgerliche Zeit- und besonders vielen im Programm auf die Tanzattraktionen von Tifanoma und Trojanoff, sowie das flotte Spiel der zwölf Liberty-Girls.

Albert-Theater. Während des Gastspiels des Wiener Bürger-Theaters mit der Ausstattung „Ohne Kneid — tut mir leid“ beginnen die Vorstellungen täglich 20 Uhr.

Zentraltheater-Variété. Dies Variété ist eine eigentümliche Mischung von Kunst und Können. Da produziert sich eine Frau auf dem Traßteil mit verblüffender Sicherheit, aber die Aufmerksamkeit; Verträge, Köstlichkeiten, und vor allem der Hintergrund, sind von beispiellos großer Genauigkeit. Warum kann man nicht (das betrifft auch die meisten der anderen Nummern) lachlicher sein? — Ausgezeichnet arbeitet der Jongleur Kanarzo, der mit seinem Trick des eventuellen Verlangens das Weien des Publikums richtig erfragt hat — Die „Glanznummer“, der „Reißer“, die „Sensation“ sollen die Fratellin sein. Teilweise sind sie es auch, aber eine Offenbarung sind sie nun gerade auch nicht. Mit viel Geschick und technischem Raffinement verstehen sie ihr Publikum zu amüßern. Die Wähe sind allerdings ziemlich billig und etwas gelacht. Man will eben um jeden Preis seine Leute unterhalten. Die Spießbürger und ... innen lachen Tränen. Schl.



Zur Salat-Bereitung

Essigsprit..... Liter	0.30	Tafelöl..... Pfund	0.80
Tafelessig, 5% . Liter	0.30	Olivenöl, lose Pfund	1.50
Weinessig, 20% Liter	0.40	Olivenöl.... kleine Fl.	0.50
Zitronen..... Stück	0.08	Olivenöl.... große Fl.	0.80
Lompenzucker..... Pfund		0.35	

Die Abgabe erfolgt nur an Mitglieder

Konsumverein



Reklame Polster-Angebot!

Chaiselongues...	v. 35.-
So'as (In Mokell)...	v. 75.-
Klubgarn. (In Mokell) v.	410.-
Klubessel (In Mokell) v.	125.-
Stühle m. Polster v.	20.-

Robert Andrich
Möbelindustrie
Pillnitzer Straße 26

CAPITOL

FREITAL

Ab heute Freitag bis Montag
Harry Liedtke / Maria Paudler
in dem großen deutschen Lustspiel-Großfilm

Großstadtjugend

Ein Filmwerk voll sprudelnden Humors und köstlicher Komik

Im Beiprogramm:

Häusliches Glück

amerikanische Grotteske in 2 Akten

Opel-Wochenschau

Natur-Aufnahmen

Beginn: Werktags 19.15 und 20.45 Uhr
Sonntags 16.30, 18.30 und 20.45 Uhr

Volksbühne Heidenau

Sonnabend, den 6. Juli, abends 8 Uhr
u. Sonntag, den 7. Juli, abends 7 Uhr
im Naturtheater Heidenau (Hauptstraße)

„Der Sonnwendhof“

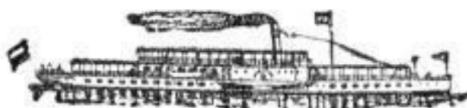
Vollstauspiel in 6 Bildern von E. Hermann Mollenhuth / Einlauf 1 Stunde
vor Beginn / Scherkerlöse, Kinder und Kinder haben Preisermäßigung!

Georg Roschig
Schneidermeister, Pina-Jessen
Großes Stofflager

PROLETARISCHES WALDFEST

Sonntag, den 7. Juli, im Lockwitztal / Haltestelle Makkaronifabrik
Teilnehmerkarten sind bei sämtlichen Funktionären erhältlich

• KPD, A.G. Leuben



S. B. D. A.

Werktagskarten RM. 9.-

hierzu Anschlusskarten:

für Ehefrauen RM. 6.-

für Kinder bis 14 Jahre RM. 3.-

Diese Karten gelten vom Montag bis einschließlich Sonnabend auf allen planmäßigen Dampfern (ausschließlich Motorboot) von Mühlberg bis Leitmeritz bei beliebigen Fahrtunterbrechungen / Bei Benutzung des Salondampfers 20 Pfennig, des Konzertdampfers 50 Pfennig Zuschlag



Ortsauschuß Bauzen des NSDAP

Dienstag, 9. Juli, 20 Uhr, findet im Bürgergarten in Bauzen eine Ortsauschuhführung statt • Tagesordnung:

1. Eingänge
2. die 3 Bewerberanträge
3. Wahl des Arbeiterfrettedes
4. Verschiedenes

Hierzu werden alle Delegierten geladen
Der Ortsauschuß

Beachten Sie die billigen Preise in meinen Schaufenstern!

Das Haus für moderne Bekleidung

C. Julius Röhmig, Neugersdorf

Herren-Räder

Damen-Damen
auf 20, 25, 30, 35, 40, 45 Zoll,
bestenfalls Doppelkammer 19 L.

H. Fleisch- und Wurstwaren
empf. o. Arbeiterschicht
Paul Seifert
Niedersedlitz
Pflanzstraße 44

Gardinen

Gardinenstangen
Zugvorrichtungen
Messing/Portieren
einrichtungen
Vorhangstoffe
einrichtungen
Dekorationsstoffe
in reicher Auswahl
Ewald Kluge
PIRNA
Lange Straße 17

Zeitungsträger für Grehlen / Leubnitz

sofort geliefert / Kurt Dieke, Ledwitzer Straße 34

Werbe-woche

für wenig Geld gute Qualität

1 Post. Damen-Strümpfe, in farbige, gute haltbare Qualität 39 ⚡	1 Posten Bettlischer, 225 cm lang, mit Hohlbaum 2.95 ⚡	1 Posten Bettwäsche, prima Damast, vierteljährig 8.95 ⚡	1 Posten Nessel, gute Qualität 28 ⚡
1 Posten wasch-selbende Dam-Strümpfe, mit Hohlbaum, beste Qualität 68 ⚡	1 Posten Ueber-schlagelaken, mit Hohlbaum, beste Qualität 5.95 ⚡	1 Posten Gardinen, drei teilig 3.95 ⚡	1 Posten ungeblickter Koberberch, beste Qualität 58 ⚡
1 Posten Seidentlor-Strümpfe 95 ⚡	1 Posten Bett-wäsche, prima Linsen, ent-schiedene Einsätze, drei teilig 9.5 ⚡	1 Posten Reste 25 Prozent unter Preis	1 Posten Hemdhosen, für Damen 1.35 ⚡

Wäsc- u. Baumwollhaus
Frauenneck 50
Schössergasse 9
am Altmarkt
Dap-marken
abakt

Stimmen aus den Betrieben

Die Firma Petrun maßregelt ihren Betriebsrat

Einen systematischen Kampf gegen die Betriebsräte führt die Firma Petrun in Coslebaude. Sie beschäftigt ungefähr 800 Arbeiter. Der vorherige Betriebsrat ist „freiwillig“ gegangen. Er hielt den Schifanen nicht stand. Der neue Betriebsrat wurde regelrecht rausgeschmissen, d. h., er wurde fruchtlos entlassen! Weshalb mußte er gehen? Die Firma erklärt, „weil er eigenmächtig gehandelt“ und „weil er die Belegschaft aufgebracht“ habe. Der letzte Ausspruch zeigt mit aller Deutlichkeit, weswegen die Firma den Betriebsratsvorsitzenden maßregelte: Weil er die Interessen seiner Kollegen verteidigt!

In der Firma ist seit uremigen Zeiten auch der 3. Pfingstfeiertag gefeiert worden. Dagegen hatte die Betriebsleitung bisher nie etwas einzuwenden gehabt. Es war gewissermaßen „Gewohnheitsrecht“ geworden. Aber in diesem Jahre verlangte sie, daß gearbeitet werde. (Sie suchte einen Grund, um zu „säubern“!) Eine Belegschaftsversammlung beschloß, wie früher zu feiern. Die Firma verlangte nun erst recht — obwohl nicht viel Arbeit da war! —, daß gearbeitet werde. Der Betriebsrat gab einen Antrag heraus und teilte mit, daß gearbeitet werde. Jeder, der feiern wolle, muß sich beim Meister Urlaub geben lassen. Den Antrag hatte die Firma „großzügig“ genehmigt, aber zu gleicher Zeit den Meistern verboten, Urlaub zu gewähren. Als Grund, Urlaub zu erlangen, galt laut Verfügung der Obermeister nur Begräbnis oder gerichtliche Ladung! Natürlich war auch dem Betriebsrat der Urlaub verweigert worden. Als er trotzdem feierte, flog er und mit ihm noch 20 Kollegen. Letztere wurden später wieder eingestellt. (Motto: Die Hauptsache, ich bin den Betriebsrat los.) Alle Kollegen lagten vor dem Arbeitsgericht übereinstimmend gegen die Firma aus. Sie aber erklärte: Eine Wiedereinstellung kommt nicht in Frage! Die Firma wurde dann aber zur Wiedereinstellung gezwungen. Nachsicht zeigt sie auf das Urteil. Sie wird Rekurs einlegen, — die Sache verschleppen, — und, wenn es nicht anders geht, eine Entschädigung zahlen.

Gegen diese Schamfächer gilt es den härtesten Kampf zu führen. In der Fabrik herrscht außerordentliche Situation. Etwa 400 Arbeiter gehen jährlich durch diesen Betrieb. Die sanitären und hygienischen Zustände fallen äußerst mangelhaft sein. Dafür aber haust die Firma — um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen — ein Fortierhaus!

Kollegen, haltet euch zusammen! Kämpft unter den Bedingungen der revolutionären Opposition!

Roter Leunabetriebsrat gemäßregelt

Die präangelegte Säuberungaktion im Leunawerk dauert an. Am Sonnabend wurde das Mitglied des Betriebsrats, der Genosse Sander, von Kollegen, die entlassen wurden, um Belegschaftsmäßigkeiten gefragt. Pflichtgemäß gab er ihnen Auskunft. Ein Obermeister kam dazu und schrie ihn erregt an: „Scheren Sie sich sofort an Ihre Arbeit.“ Genosse Sander wies darauf hin, daß er in der Eigenschaft als Betriebsrat eine Auskunft geben müßte, und daß er dann seine Arbeit aufnehmen werde. Der Obermeister blieb hartnäckig und verlangte, daß sich Sander sofort an seinen Arbeitsplatz begeben. Genosse Sander erklärte erst keine Pflicht als revolutionärer Betriebsrat und folgte dann der Aufforderung des Vorgesetzten. Trotzdem wurde ihm die fruchtlose Entlassung wegen „bedauerlicher Arbeitsverweigerung“ ausgesprochen. Die Rechtslage ist in diesem Falle vollkommen klar. Festgestellt muß aber werden, daß in erster Linie mitschuldig an der Maßregelung des Gen. Sander die reformistischen Kapitalskräfte, die Schmierigen Stützen der Leuna-Direktion sind. Sie verstreuten systematisch über den Genossen Sander, daß er ein „Aufwiegler“ und „Hörer“ sei, daß er in der letzten Arbeiterratsitzung die reformistischen Betriebsräte als „Verräter“ und „Sozialfaschisten“ beschimpft habe. Sie hinterbrachten der Direktion, daß Genosse Sander als Vertreter der Leunabehelgung an den Gräbern der Zöglinge das Leunawerk in Berlin einen Kronz niedergelegt und zum Kampf gegen die Leunabourgeoisie aufgerufen hat. Sie hinterbrachten der Direktion auch, daß Genosse Sander am 12. Parteitag der KPD teilgenommen hat. Das war Grund genug für die Chemiekönige, den Genossen Sander hinauszumerfen.

Ununterbrochener Kleinkrieg in der Bienertmühle

Der Kampf der Unternehmer gegen die Betriebsräte

Je energischer und zielbewusster ein Betriebsrat bzw. Arbeiterrat die Interessen seiner Kollegen verteidigt, um so härter wird er den Schifanen der Betriebsleitung ausgeliefert sein. Da gibt es durchsichtiger wegen jeder Kleinigkeit stundenlange Auseinandersetzungen. Oft genug muß der Betriebsrat bzw. Arbeiterrat vor das Arbeitsgericht gehen. Von manchen Firmen ist es geradezu sprichwörtlich, daß sie vom Arbeitsgericht (Einspruch) überhaupt nicht mehr runterkommen. Den Kampf, auch zu diesen Firmen zu gehören, bemüht sich die Bienertmühle zu erobern. Sie hat in letzter Zeit eine ganze Reihe Prozesse zu führen gehabt. Erst dieser Tage standen sich Arbeiterrat und Betriebsleitung dort gegenüber. Die Verhandlung entrollte ein Bild, wie durch planmäßige Rängeleien und Streiftigkeiten dem Betriebsrat das Genid gehrochen werden soll. Es ist ganz klar, daß die Betriebsräte durch dauernde Schifanen provoziert werden sollen, um sie dann rauszuschmeißen zu können. Der Streit ging um die Anerkennung der notwendigen Auslagen, die der Arbeiterrat hat. Das Streitsubjekt betrug ganze acht Reichsmark!! Die Firma war nach langem Ach und Krach bereit, sie zu bezahlen, aber nur aus — Großmütigkeit!! Sie erklärte immer und immer wieder, — auch vor dem Arbeitsgericht, — daß sie die Auslagen keineswegs anerkennt. Es sei für sie eine grundsätzliche Frage. Zum Beweis seiner Arbeiterfreundlichkeit und

Eine „feine“ Firma — ein „feiner“ Betriebsrat

Der Ausbeuter labortiert Beschäftigung eines Schwerbeschädigten — Der Betriebsrat schuffet Ueberstunden

Es gibt Unternehmer, die beinahe „Stamm“ auf dem Arbeitsgericht sind. Zu ihnen scheint neuerdings die Firma Görlach, Wälderei und Expedition zu gehören. Innerhalb weniger Tage fanden gegen diese gleich zwei Prozesse statt.

Ich bin der Herr im Hause!

Eine Arbeiterin, der an der linken Hand drei Finger fehlen, wurde nach langem Verhandeln mit der Firma von der Schwerbeschädigtenstelle zur Wälderei des Herrn Görlach vermittelt. Sie findet sich pünktlich 7.30 Uhr früh ein. Aber der Herr Chef hat für sie, die lästige Schwerbeschädigte, keine Zeit. Was hören Unternehmer heischende Gelehrte? Er schickt sie fort, könne sie nicht gebrauchen. Im übrigen solle sie erst ein Zeugnis bringen, das sie — ehrlich sei! Mit solchen niedrigen Schifanen werden die Schwerbeschädigten verfolgt. So behandelt sie ein Unternehmer wie der andere. Jahrelang gehen die Schwierigkeiten mit der Schwerbeschädigtenstelle. Sie hat mit den Ausbeutern viel Geduld. Das ging selbst ihr zu weit. In Verhandlungen erklärte der Unternehmer, sie einzustellen zu wollen. Wie lange wird das gehen? Wie wird er sie behandeln? Aufgabe der glücklichen Kollegen ist es, diesen ihren Klagenhelfen zu helfen. Lebt aktive Solidarität!

Ein arbeiterfeindlicher Betriebsrat

Zeigte der erste Prozeß den kapitalistischen Ausbeuter in seiner „ganzen Größe“, so entrollte der zweite Prozeß ein Bild eines Betriebsrates, dessen Handlungsweise für den Kapitalisten direkt Unterstützung bedeutet. Der Betriebsratsvorsitzende hatte als Kraftfahrer durchschnittlich pro Woche 20 (!!) Ueberstunden geleistet. Nicht der Betriebsrat, sondern der Unternehmer verbot das weitere Ueberstundenmachen. Es war zu einem Konflikt wegen der Bezahlung gekommen, in dessen Verlauf die Kündigung ausgesprochen wurde. Die beiden gingen aus dem Verhandlungsaal ohne Spruch. Sie werden sich wahrscheinlich einigen. Kollegen, wie lange wollt ihr euch eine solche Betriebsratverletzung gefallen lassen? Gibt es

Keine eintägige Aktion!

Der 1. August ist keine eintägige Aktion, sondern er wird das Ergebnis einer ganzen vorbereitenden Woche sein und der Anfang des weiteren Kampfes des Proletariats. Im internationalen Maßstab muß Klasse gegen Klasse stehen, ihre Kräfte, ihr Klassenbewußtsein, ihre Organisiertheit und ihre revolutionäre Aktivität erproben.

Der Mittelpunkt der Arbeit liegt in den Betrieben!

wo hauptsächlich die Organisierung der proletarischen Einheit der Arbeiterinnen, der Jugend vor sich gehen muß, wo der Mittelpunkt der Vorbereitung von Massenunruhen, Streiks, Meetings usw. ist... Trotz aller Schwierigkeiten der Vorbereitung der Demonstration des 1. August wird das internationale Proletariat an diesem Tage der Bourgeoisie und den Sozialfaschisten zeigen, daß es ihnen nicht gelingen wird, den 1. August 1914 zu wiederholen, daß an der Schwelle der neuen entscheidenden Epoche der Kriege und Revolutionen der revolutionäre Internationalismus bedeutend stärker ist, seine Kräfte bedeutend besser organisiert sind, daß die historische Lebenszeit der kapitalistischen Ausbeutung durch den wachsenden Klassenkampf und die Organisiertheit des Proletariats bereits begrenzt ist.

Nur noch wenige Wochen!

Bis zum 1. August sind es nur noch wenige Wochen. Wir müssen die Vorbereitung verstärken, vor allem in den Unternehmungen, in den Dörfern, an den entscheidenden Punkten des proletarischen Kampfes. Die wachsende Erkenntnis der Kriegsgefahr, das Wachstum der Aktivität der Arbeiterklasse, das Herannahen eines neuen revolutionären Ausbruches der Arbeiterbewegung, der immer größere Einfluß der kommunistischen Parteien, alles dies fördert bei internationaler und entscheidendem Kampfe gegen die Revisionisten und den Opportunismus der opportunistischen Elemente überall den Erfolg des kampflichen Vortretens der Massen am Internationalen Roten Tag. Und die verstärkte Vorbereitung zu diesem Tage müssen die kommunistischen Parteien in der bis zum 1. August noch übrigen Zeit alle ihre Kräfte konzentrieren.

keine Arbeitslosen? Wie lange dauert es und auch ihr liegt auf die Straße. Wählt nur rote Betriebsräte!

Die „erschütterte“ Autorität

Entlassen, weil er Ueberstunden abschleudert Die Reformisten leben mit dem Unternehmertum in herrlicher Eintracht. Sie bemerken (siehe Jörgel!) ihr Verhältnis für die Staatsautorität ebenso wie für die Autorität der Kapitalisten im Betrieb. Dafür zeugen nicht nur die von Reformisten abgewürgten Streiks, sondern die Streikbrecherdienste, die sie den Unternehmern leisten. Neue Tarifverträge werden durchweg auf mehrere Jahre abgeschlossen, damit die Unternehmer auf dem Weltmarkt konkurrieren (durch die niedrigen Löhne!) können, wie Senering bei den Dresdener Studenten sagte. Daß die in den Tarifen vorgezeichnete Bezahlung ein jämmerlich niedrige ist, ist bekannt. Dazu kommt, daß die Kapitalisten — laut Tarifvertrag — auch noch von dem Arbeiter die Leistung erzwingen können. Und meinet: Wer sich nicht fügt...

Von der Fa. Giller, Altumulatorienfabrik, Augsburg, wurde ein Arbeiter entlassen, weil er sich weigerte, Ueberstunden zu leisten. Das heißt, ihm wurde kurz vor 7 Uhr abends mitgeteilt, daß er mit der ganzen Abteilung Ueberstunden leisten müsse. Der Arbeiter erklärte, daß er etwas anderes vorhatte und sich in der kurzen Zeit nicht habe auf zu leistende Ueberstunden einrichten können. Das betrachtete der Unternehmer als Untergrabung seiner Autorität. „Wozu sollte denn das führen...“ Die Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht wurden vertagt. Dabei steht fest, daß der Unternehmer nicht nur rücksichtslos, sondern selbst geizig und tarifmäßig gehandelt hat. Der Arbeiterrat verteidigte seinen entlassenen Kollegen. Der beherrschende Jörn des reaktionären Unternehmers wurde hervorgerufen, weil der Arbeiter noch so jung ist — er ist 20 Jahre — der Unternehmer behauptete (!), 17 Jahre sei er —. Wir verstehen den Geiß des Ausbeuters. Der eine Arbeiter lehnte die Ueberstunden nur instinktiv ab, wann aber werden die Kollegen ihn bewaki abhaken? Auf der Straße Regen 21000 Erwerbslose.

Die neue Rationalisierungswelle

Seit mehr als zwei Wochen finden auf den Hansa-Werken in Bremen Entlassungen in den sogenannten unproduktiven Abteilungen statt. Die ungefähr 50 Prozent der Belegschaft dieser Abteilungen betreffen. Sogar der Apparatapparat bleibt nicht verschont. Hochqualifizierte Arbeiter wurden mit dem Versprechen, ihnen denselben Lohn weiterzugeben, in Abteilungen untergebracht, wo nur Angelehnte beschäftigt sind. An die Einlösung des Versprechens denkt man nicht.

Am vergangenen Sonnabend haben die Krennhaber-Werke in Brandenburg erneut große Entlassungen vorgenommen. Ueber einzelne Abteilungen ist Kurzarbeit verhängt worden.

In der Motorrohfabrikation der Excalibur-Wagenwerke in Brandenburg wurde ein großer Teil der Arbeiter entlassen. Die übrigen arbeiten nur fünf Tage in der Woche, und nur von 7 bis 13 Uhr.

Die Stadt-Motorflug-L.G. in Berlin-Neudorfermühle hat von der 800-Mann-Belegschaft die Hälfte entlassen.

Willkürlicher Ausschluß der Eisenbahner-Bürokratie

Vor einigen Tagen erhielt der Genosse Bauer in Karlsruhe ein vorgebrachtes Schreiben des Vorstandes des Einheitsverbandes der Eisenbahner, daß er mit sofortiger Wirkung aus dem Verbande ausgeschlossen ist. Eine Begründung ist nicht angegeben. Schöfel produziert die Ausschüsse anheimelnd lenienter Weise. Bauer ist Kommunist — auschlußfrei. Die Bogen nahmen nur an, daß er der geistige Inspirator der in Karlsruhe aufgestellten Oppositionsliste bei den Betriebsratswahlen ist. Irgendwiein Beweis dafür können sie nicht erbringen.

Reichsbanner als Stahlhelm-Ordnung

Am Freitag dem 28. Juni demonstrierte das Reichsbanner in Hirschberg gegen die „Reichswehr“ und die Kriegsschuldfrage“. Er ließ sich außerdem von den Behörden beschimpfen, daß es das einzig berechnete Proletariat gegen den „Erschlag“ sei. Die Nationalisten Hirschbergs hatten an dem Schwarz-Rot-Gold ihre helle Freude. Gerichtlich wurde, daß der Hirschberger Stahlhelm seine Ueberwältigung eingeleitet und beschloßen hat, dem Reichsbanner beizutreten. In der sozialdemokratischen Volkzeitung für das Riesengebirge war außerdem ein großes Inserat erschienen, in dem auch der Ausspruch des ADG und des Arbeiterparlament zur Beilegung an dem nationalfaschistischen Kammal aufriefen. Die kleinen Führer in der Provinz ziehen die folgerichtigen Konsequenzen aus dem sozialfaschistischen Kurs der Hermann Müller, Senering und Gezelinitt.

Vorsicht beim Unterschriften!

Immer und immer wieder erhebt man, daß die Kollegen bei Eintritt in die Arbeit irgendwelche vom Unternehmer vorgelegte Bedingungen, die sie oftmals gar nicht gelesen haben unterschreiben. Ebenso bei der Entlassung. Bei der Aushandlung der Arbeitspapiere wird vom Unternehmer oftmals verlangt, eine Bescheinigung zu unterschreiben, in der es u. a. heißt: „... und erkläre ich, keine weiteren Ansprüche an die Firma zu haben.“ Die Leistung einer Unterschrift unter solche Bescheinigungen kann recht nachteilige Folgen für die Arbeiter haben. Deswegen: Vorsicht bei dem Unterschriften! Nur unterschreiben, wenn du geprüft, daß du wirklich keine Ansprüche mehr hast.

Ammerlitz

Preis und Qualität! außergewöhnlich!

Damen-Bekleidung

Damen-Mäntel aus gutem Zedernstoff	9 75	Damen-Kleider aus Vellie, Felle, Musselin, in vielen Farben und Formen	9 50
Damen-Mäntel aus Herrenstoff, gute Strapazier-Ware	14 50	Damen-Kleider aus Vellie, mit langem Arm, reineselb. Felle, Crêpe de Chine usw.	14 50
Damen-Mäntel aus Herrenstoff, ganz auf K-Seite, flotte Form	19 50	Damen-Kleider aus vielen Stoffarten, reiche Verarbeitung	19 50

Herren-Bekleidung

Sakko-Anzüge in flott gemusterten Cheviotstoffen, gute Passform, 78,00, 89,00, 97,00, 119,00	35 00	Lumber-Anzüge 2teilig, in farbenfreudig. Mustern, mit Stricker- u. Reißverschlüssen, 69,00, 82,00	59 00
Kammg.-Anzüge solide Verarbeitung, ein- und zweif. reihig, 115,00, 84,00, 78,00, 69,00	49 00	Sommer-Anzüge für See und Gebirge in leichtesten waschbaren Stoffen, 54,00, 39,00, 26,90	16 50
Sommer-Mäntel i. Chevi- u. Impr. Gabard-St., teils orig. engl. Ware, 109,00, 85,00, 72,00, 68,00	39 00	Lange Sporthosen in Flanel, ab 12,75, sowie Breeches- oder Kinderbodentform in größter Auswahl, ab	9 75

Kinder-Bekleidung

Waschkleidchen in bunten Dessins, reizende Kollierform, Größe 40-48	1 10
Kinder-Lodenmantel mit Kappe, aus sehr beständigem Stridlober, für 8 Jahre (Steigerung 75 & mehr)	8 75
Knaben-Waschanzug aus gereinigt. Kädelstoff, beste Verarbeitung (Steigerung 50 & mehr)	5 75
Knaben-Windjacke aus weicherem Stoff, sportgerechte Form, für 8 Jahre (Steigerung 30 & mehr)	6 40
Backfischkleid prima Vellivolle, in modernsten Dessins	6 75
Jugendl. Jumperkleid karliert Jumper, mit weitem Charmeurrock	9 75

Strickbekleidung

Kinder-Pullover weiß, braunrot, mit spitzen Ausschnitt, Gürtel und Taschen, für jedes Alter, Größe 40	1 60
Damen-Pullover ohne Ärmel, mit reizendem Bördchen an Hals und Ärm.	2 75
Rw. Blusenschoner in weiß, schwarz und vielen Pastellfarben	2 95
Damen-Pullover Ärmellos, weiß, mit farbiger Bördüre	3 95
Damen-Pullover ohne Ärmel, farbig, mit neuartigen Effekten, Original Woll	4 95
D.-Westen u. -Jacken mit und ohne Kragen, einfarbig und burlingemustert	6 50

Herren-Artikel

Kragen Stehumlage-Edenkragen sowie halbsteife, in den neuesten Modellarben ... 2 Stück	95 4
Selbstbinder unser groß. Schläger, beliebt. kariertes Muster od. mod. Streifen, in wunderv. modisch. Farb.	1 25
Oberhemd gute Zephir-Qualität, unterfütterte Brust, mit schönem Selbstglanz, in ganz entzück. Ausm. u. s. w.	3 50
Oberhemd Popeline, unterfütterte Brust, m. schönem Selbstglanz, in ganz entzück. Ausm. u. s. w.	5 90
Reise-u. Sportmützen in Gabardine oder flauschigen Stoffen	1 50
Herren-Hüte rauhhaarig oder glatt, Flachradformen oder hochgediegener Rand	4 50

Schuhwaren

Damen-Flechtschuhe mit brauner Leder-Garnitur, Lederfutter, Blockabsätze, und Sandaletten in beige, blau	7 90
Heiß. Spangenschuhe elegante Modelle, Louis XV.- u. Blodi-Absätze	8 90
Feinf. Spangenschuhe in den neuesten Modellarben u. Modellen, teils m. ansehenswerten Komb., Louis XV.- u. Trotteur-Abs.	12 50
Feinf. Spangenschuhe in braun, rot und anderen Farben, biegsame Lederohle u. Pompen, braun 40/42 4,25, 35/2	14 50
Herren-Halbschuhe braun und schwarz, in Boxhall, elegante, neueste Formen, beste Rahmearbeit	16 50
Leder-Reiseschuhe in braun, rot und anderen Farben, biegsame Lederohle u. Pompen, braun 40/42 4,25, 35/2	2 95

Lederwaren

Rekord-Hartplatte-Koffer mit 2 Nickelschlössern, Holzrahmen, 8 Schutzecken, in jeder Größe, 50 cm 4,75, 45 cm 4,25, 40 cm 3,90, 35 cm	2 95
Echt Vulkanfiber lederbezogen, Griff, Metallschiene, Schnappschloß, alle Größen	7 50
Japankörbe mit echten Lederriemen und Ecken, in allen Größen	7 50
Plaidriemen mit Ledergriff und hellen Riemen	95 4
Duckhutschachteln mit buntem Paspol und weichem Tragegriff	7 50
Aktenmappen aus reinem Rindleder, mit doppelten Schlössern, Wirbeln oder Druckknöpfen, normale Größen	3 60

Badewäsche

Badecapes in buntem Frotteestoff	4 50
Bademantel in buntem Frotteestoff, Herrenform	7 50
Badeanzug schwarz Trikot, farbig passellert	90 4
Bademützen in starkem, rotem Gummi	60 4
Bademützen in gutem Gummi	75 4
Kinder-Badeschuhe	95 4

Strümpfe

Damen-Strümpfe echt Ägyptisch Mako oder künstliche Wollseide	90 4
Damen-Strümpfe echt Ägyptisch Mako, Seidenfaser oder künstliche Wollseide, feinfrei	1 45
Damen-Strümpfe Küttner-Kupfer-Seide	1 95
Damen-Strümpfe Bismberg Gold, in großer Auswahl	2 25
Herren-Socken moderne Jacquard-Muster	75 4
Herren-Socken Flor-Jacquard	90 4

Reise- und Autodecken

Normalgröße aus Mohairplüsch, viele Farben

19 50



HERMANN TIETZ

Fernruf 24511

Das Warenhaus am Postplatz

Kamelhaardecken

140/190 cm gr., garantiert rein Kamelhaar

26 00